Nr. 511 ♦ 40. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 255

Morgenausgabe

2 Milliarden M.

Bezugspreis:
Vom 28. Oktober bis 3. November 14 Milliarden M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 28. Oktober bis 3. November für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 14150 Millionen, für das übrige Ausland 14500 Million. Postbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 0,70 Goldmark, Reklamezeile 3,50 Goldmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 0,20 Goldmark (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellengesuche das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 0,30 Goldmark.
Eine Goldmark — ein Dollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292—295 Verlag: Dönhoff 2506—2507

Donnerstag, den 1. November 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Der Beschluß der Reichstagsfraktion.

Gegen Bayern und den Belagerungszustand.

In nur allzu begreiflicher Entrüstung über die ungeheuerlichen Vorgänge in Sachsen haben, wie schon bekannt, die sozialdemokratischen Reichsminister dem Fraktionsvorstand ihre Absicht bekanntgegeben, aus der Reichsregierung auszuscheiden. Der Fraktionsvorstand hat die endgültige Entscheidung der Fraktion selbst überlassen. Diese kam gestern abend nach mehrstündiger Beratung zu folgendem Beschluß:

Die Fraktion kann in der Koalition nur verbleiben, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

1. Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes.

2. Die Reichsregierung behandelt das Verhalten der bayrischen Machthaber offen als Verfassungsbruch und unternimmt im Einklang mit der Reichsverfassung sofort die gebotenen Schritte gegen Bayern.

3. Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Sachsen ist Aufgabe der Schutzpolizei. Reichswehrhilfe ist nur auf Anforderung des Inhabers der Zivilgewalt heranzuziehen. Neuerdings in die Reichswehr eingestellten Anhänger rechtsradikaler Bestrebungen sind zu entlassen.

Außerdem beschloß die Fraktion, daß der Fraktionsvorstand bei den Besprechungen mit der Reichsregierung die wertbeständige Währung und Maßnahmen gegen den von dem Landbunde propagierten und von den Landwirten geübten Lieferstreik zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen hat.

Die Fraktion tritt heute mittag 1 Uhr wieder zusammen, um die Antwort des Reichskanzlers in Empfang zu nehmen und dann ihre endgültige Entscheidung darüber zu fällen, ob die sozialdemokratischen Minister noch in der Regierung bleiben können oder nicht.

Die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes ist eine Forderung, die schon von den Ministerpräsidenten der Länder einmütig erhoben wurde. Mit ihr hat also die Sozialdemokratische Partei eine sehr starke Position. Die Position ist stark nicht nur der guten Gesellschaft wegen, in der sich die Partei befindet, sondern auch aus sachlichen Gründen. Denn niemand kann die Augen vor der Tatsache verschließen, daß der militärische Ausnahmezustand total abgewirtschaftet hat. An der Stelle, wo er in erster Reihe zu wirken bestimmt war, Bayern gegenüber, hat er vollkommen versagt. Im übrigen Deutschland hat er aber nur grenzenloses Unheil angerichtet.

Man komme nicht mit der kommunistischen Gefahr! Das ist eine Gefahr, die nur für die Arbeiterbewegung besteht, nicht für den Bestand des Reichs und schon gar nicht für den Kapitalismus. Herr Stinnes macht Geschäfte mit Sowjetrußland und läßt sich über den deutschen Bolschewismus wahrlich keine grauen Haare wachsen. Man kann wohl sagen, im Gegenteil; denn dem Unternehmertum kann ja nichts lieber sein, als wenn die Arbeiterbewegung zerschlagen wird und ein Teil von ihr sich von einer so unfähigen Führung leiten läßt wie eben der kommunistischen. Die KPD.-Zentrale hat — rin in die Kartoffeln, raus aus die Kartoffeln — die Weltrevolution wieder abgeblasen. Der mitteldeutsche Aufstand und der Hamburger Putsch sind Ereignisse, die sich nicht so leicht wiederholen dürfen — und ist man ihrer nicht mit der Schutzpolizei allein Herr geworden?

Nachdem sich der militärische Ausnahmezustand Bayern gegenüber als ein Schlag ins Wasser erwiesen hat, gibt es keinen vernünftigen Grund mehr, ihn aufrechtzuerhalten.

Der dritte Punkt der sozialdemokratischen Forderungen ist nur eine nähere Ausführung des ersten in bezug auf die sächsischen Verhältnisse. Wird der militärische Ausnahmezustand aufgehoben, so fällt die Aufgabe, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, von selber wieder der Schutzpolizei zu und ein Einsetzen von Reichswehr ist nur auf Anforderung der Zivilgewalt, d. h. der neugebildeten Regierung, möglich. Daß rechtsradikale Elemente als unzuverlässig und gefährlich in der Reichswehr nicht geduldet werden dürfen, hat schon der Fall von Küstrin deutlich genug bewiesen. Ueber diese Forderung, die einfach eine glatte Selbstverständlichkeit ist, lohnt es sich überhaupt nicht, auch nur ein Wort noch zu verlieren. Höchstens ist zu sagen: Wenn nur von „neuerdings" eingestellten Rechtsradikalen die Rede ist, so heißt das natürlich nicht, daß früher eingestellte in der Reichswehr bleiben dürfen; sie restlos auszumerzen, liegt im Interesse der Reichswehr selbst.

Bleibt Punkt 2. Bayern betreffend. Auch hier fällt es schwer, zur Begründung noch vieles auszuführen; die Tatsachen sprechen nicht nur, sie schreien zum Himmel. Die offene Auflehnung gegen die Reichsverfassung, die Meuterei des Reichswehrgenerals v. Lossow, die schamlose Unterdrückung der Freiheit, einschließlich der Koalitionsfreiheit, die selbst den deutschnationalen Handlungsgehilfenverband zu einem Notschrei an das Reich veranlaßt hat, die aller Kultur hohnsprechenden, mittelalterlichen, Deutschland in der ganzen Welt schändenden Judenaustreibungen, schließlich die offene, planmäßige mit reichsten Mitteln ausgestattete Rüstung zum Bürgerkrieg unter den Augen und dem Schutz des Generalstaatskommissars v. Kahr — das alles sind Dinge, die das Reich nicht ohne Gegenwehr und Gegenschlag hinnehmen darf, wenn es sich nicht selber sein Todesurteil schreiben will.

Auch der Vorstand der demokratischen Fraktion hat gestern in einer Sitzung den Beschluß gefaßt, daß das Reich in seinen Forderungen Bayern gegenüber nicht nachgeben dürfe.

Schließlich wird sich die Reichsregierung aber auch darüber klar sein müssen, daß die gegenwärtige Krise, die so erdrückend auf der Arbeiterschaft lastet, nicht nur politischer Natur ist. Was der Deutschnationale Westarp in seiner zynischen Weise ankündigte, ist wahr geworden: das Volk hungert bei vollen Scheuern. Das in der Verfassung gewährleistete Recht auf Arbeit ist durch zahllose Betriebseinschränkungen und Betriebsstillegungen hinfällig geworden. Von einem besonderen Schutz der Arbeitskraft ist nichts zu spüren, obwohl er im Artikel 157 der Verfassung ausdrücklich zugesagt ist. Wohl hat man Versuche gemacht, die wichtigste Ursache des Elends, die Währungsnot, zu beseitigen. Aber die Versuche, seit langem von der Sozialdemokratie gefordert, haben zu spät greifbare Gestalt angenommen und werden jetzt zu schwerfällig durchgeführt. Insbesondere bedroht die katastrophale Lage der Reichsfinanzen und die rasende Tätigkeit der Notenpresse die Papiermark immer wieder mit neuem Verfall. Das muß endlich aufhören. Man muß dem Volke gutes Geld geben, man muß durch scharfen Steuerdruck und durch einen raschen Ausbau der Geldsteuer die renitenten Elemente treffen, die jetzt das Recht des Volkes auf Arbeit und Nahrung zu zerstören im Begriffe sind, und man muß mit dieser Finanzreform den Haushalt des Staates wieder auf feste Füße stellen; sonst ist die Arbeit an der Währungsgesundung ein vergebliches Werk!

Darüber hinaus gebietet die Notlage der großstädtischen Bevölkerung, insbesondere der arbeitenden Massen, umfassende Maßnahmen gegen den Lieferstreik der Landwirte, der tatsächlich funktioniert, mögen ihn auch offiziöse Beschwichtigungsversuche abzuleugnen suchen. Die deutliche Absage, die sich der Ernährungsminister v. Kanitz bei seinen deutschnationalen Freunden und bei den Landbündlern geholt hat, besagt für den, der die Dinge sehen will, wie sie in Wirklichkeit sind, daß der Lieferstreik ein Mittel der Reaktion im Kampfe um die politische Macht ist. Man zerschlage mit den Mitteln, die dem Reich zur Verfügung stehen, diese wirtschaftliche Kampffront! Vor allem aber wird die Regierung dafür zu sorgen haben, daß angesichts der neuen, der Währung drohenden Gefahren der Brotpreis nicht wieder Höhen erklimmt, welche die Aermsten der Armen um ihre letzte Nahrung berauben. Hier ist umfassende Vorsorge dringendstes Gebot.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist einig in der Ueberzeugung, daß ihre Beteiligung an einer Regierungskoalition ihren Sinn verliert, wenn sie nicht als Schutz verfassungsmäßiger Rechte und als Vertretung der Interessen des arbeitenden Volkes wirken kann. Der heutige Tag wird die Entscheidung darüber bringen, ob sie ihre Mission als Regierungspartei als gescheitert betrachten muß. Niemand kann im unklaren sein, was von dieser Entscheidung abhängt.

Schweres hat das deutsche Volk zu ertragen, wie kaum je noch ein Volk zuvor. Es sehnt sich nach Besserung: in dem Bemühen, sie zu schaffen, hat sich die Sozialdemokratie geradezu aufgeopfert. Erweist sich das Opfer als vergeblich, dann haben wir zunächst — niemand täuscht sich darüber — noch schwerere Zeiten zu erwarten, aber dann sind auch alle die Mittel erschöpft, die angewendet werden konnten, sie zu vermeiden.

Die deutsche Sozialdemokratie muß Garantien dafür haben, daß die anderen Parteien bereit sind, mit ihr zusammen für Besserung zu arbeiten und daß das Reich bereit ist, für seine Erhaltung zu kämpfen. Sie fordert Achtung und den Einfluß auf die Regierungsgeschäfte, der ihr nach ihrer Stärke und ihrer Bedeutung gebührt. Sie weiß, daß sie damit nicht nur ihre eigene bisherige Anhängerschaft hinter sich hat, sondern auch weite Kreise, die bisher links und rechts von ihr standen. In all diesen Kreisen ist das Gefühl vorhanden, daß der Sozialdemokratie gegenüber die Grenzen dessen, was man einer großen starken Partei zumuten durfte, überschritten worden sind. Es war notwendig zu sagen, daß die Partei sich nicht alles gefallen läßt. Das ist durch den Beschluß der Reichstagsfraktion ausgesprochen. Wenn Billigkeit und staatsmännische Einsicht die letzte Entscheidung geben, so kann diese gar nicht zweifelhaft sein. Andernfalls hat die Sozialdemokratie ihr Letztes versucht und kann, was weiter wird, abwarten, sicher nicht ohne Sorge, aber mit dem besten Gewissen der Welt.

Knotenpolitik.

Offene Absage durch das Zentrum.

Unter der kennzeichnenden Ueberschrift „Der sächsische Knoten" nimmt das führende Zentrumsblatt „Germania" zu den letzten Ereignissen in Sachsen Stellung. Die „Germania" glaubt, daß das neue Ministerium Fellisch mit demokratischer Unterstützung der Vorläufer einer Koalitionsregierung nach preußischem Muster werden könnte. Dann fährt das Zentrumsorgan fort:

Wenn uns mit wohlberechneter Absicht vorgeworfen wurde, daß wir angeblich in der sächsischen Frage uns „weiter vorgewagt" hätten als der „Vorwärts", so wäre zu erwidern, daß in den Kreisen des Zentrums ebenso wie in denen der Demokraten ein gewisses Erstaunen sowohl über das Ultimatum wie über das Vorgehen des Reichsministers Dr. Heinze vorhanden war, und daß wohl auch in der Deutschen Volkspartei nicht überall völlige Billigung einzelner Handlungen des Volksparteilers Dr. Heinze festzustellen ist.

Die sozialdemokratische Partei, die nun in kurzer Frist schon zum zweiten Male vor die Frage gestellt ist, ob sie in der Regierung bleiben soll oder nicht, durfte einer Demütigung doch nur dann ausgesetzt werden, wenn man ihren Austritt aus der Regierung unter allen Umständen wünschte. Wer diesen Austritt heute will, der muß wissen, was dann folgt, muß den Mut haben, für alle diese Folgen die Verantwortung zu übernehmen, muß die feste Ueberzeugung haben, daß diese Folgen Deutschland nützen. Wer sich aber diese Folgen nur undeutlich vorzustellen vermag und mehr eine Politik des Ressentiments als der kühlen Vernunft betreibt, dem muß man doch entgegenhalten, daß nur ein vollständig klarer Plan und eine politische Pupillarsicherheit in diesem Falle imstande wären, die Folgen einer endgültigen Zerschlagung der großen Koalition so zu gestalten, daß das Reich dabei nicht Schaden leidet. Da wir einen solchen Plan nicht kennen und sogar vermuten, daß er in befriedigender Weise auch tatsächlich nicht vorhanden ist, so empfahlen und empfehlen wir aus materiellen Gründen ein Festhalten an dem bisherigen System, und das ist wieder nur möglich, wenn man dieses System nicht mutwillig erschüttert. In diesem Sinne wäre es auch gefährlich, wenn die vielleicht letzte parlamentarische Regierung durch eine Reihe von Präzedenzfällen einer kommenden Rechtsdiktatur so vorgearbeitet hätte, daß diese Rechtsdiktatur gar keine juristischen Hindernisse mehr vorfände; wenn man also die praktische Handhabung der Verfassung so zu einer Durchlöcherung der Verfassung gestaltet hätte, daß die Aufhebung der Verfassung nicht mehr Aufgabe der Diktatur gewesen wäre, deren Anhänger ja doch nicht durch Handlungen der letzten verfassungsmäßigen Regierung zu überzeugen sind, sondern die nur gerne wollten, daß ihnen die letzte verfassungsmäßige Regierung die wichtigste und gefährlichste Vorarbeit, das Aufstoßen der Tür, abnehme.

Im Anschluß an diese Darlegungen macht die „Germania" auf die großen Schwierigkeiten aufmerksam, die gerade der Sozialdemokratie aus den Vorgängen erwachsen, und die sich in den Anträgen auf Ausschluß des Reichspräsidenten kenntlich machen. Bleibt aber die Sozialdemokratie nach diesen beiden Krisen in der Regierung, dann hat sie eine patriotische Opferbereitschaft und eine Absage an die reine Parteitaktik bekundet, die ihr nach Meinung der „Germania" durchaus nützen würde, während ein Ausscheiden aus der Regierung ihr „das süße Brot der Opposition" brächte. Aus allen diesen Gründen bezweifelt die „Germania", daß die sächsischen Vorgänge gerade im Sinne der Gegner des „Marxismus" klug waren!

Die Kampfvorbereitungen in Bayern.

Ueber den Aufmarsch der bayerischen Kampfverbände an der thüringischen Grenze wird uns aus Sonneberg i. Th. ergänzend mitgeteilt:

Die Uebungen illegaler Organisationen auf bayerischem Boden jenseits der thüringischen Grenze werden immer herausfordernder. Am 27. Oktober wurde am Horberberg dicht an der thüringischen Grenze mit Maschinengewehren geschossen. In Fürth

am Berg wurden alle Personen, die sich für die Kampfverbände gemeldet hatten, eingezogen. Am 28. Oktober wurde Scharfschießen abgehalten in Neundorf, Mittwitz und am Plestener Berg. In Garnstadt fand am 30. Oktober ein großer Appell des Jungdo statt, an den sich ebenfalls Schießübungen anschlossen. In Hainersdorf war am Dienstag starkes Infanteriefeuer aus der Richtung Kronach zu hören. Von Eintritt der Dunkelheit bis nach Mitternacht sind verschiedentlich auf bayerischem Boden grüne Leuchtkugeln abgeschossen worden; diese Beobachtung wurde an verschiedenen Stellen gemacht. An verschiedenen Punkten der bayerisch-thüringischen Grenze sind neuerdings weitere Geschütze festgestellt worden. So sind in der Kronacher Gegend neue Geschütze eingetroffen und Verstärkungen der illegalen Verbände wahrgenommen worden. In der Gegend von Neustadt b. Coburg fanden Scharfschießübungen von Infanterie-Maschinengewehren und selbst Artillerie statt. Eine Vermehrung der rechtsradikalen Verbände und Artillerie ist auch in der Gegend des Fichtelgebirges bemerkt worden. Die Einziehung von Zivilpersonen nimmt besonders in der Gegend von Kronach einen immer größeren Umfang an. Auf bayerischer Seite werden zahlreiche Pferdeankäufe vorgenommen. Bei Harra nördlich des Fichtelgebirges ist von einer Patrouille illegaler Formationen auf Thüringer Landespolizei geschossen worden. Das Zentrum der Bewegung scheint Coburg selbst zu sein und das Hauptquartier im Coburger Hofbräu, dessen Wirt weit und breit die besten Geschäfte macht, weil dort die Fäden der Organisationen zusammenlaufen und dort der Umtrunk der hohen und niederen Führer stattfindet.

Kahr enteignet!

Bolschewistenmethoden in Bayern.

München, 31. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Ausweisungsaktion der Juden aus München nimmt ihren Fortgang. Sie ist sogar verschärft, wie aus folgender Anordnung der Polizeidirektion hervorgeht, die einem Teil der Ausgewiesenen zugestellt worden ist:

„Nr. 2a. Polizeidirektion München. Herrn . . . . . betreffs Wegweisung. Es ist Ihnen hiermit eröffnet, daß es untersagt ist, aus Ihrem Geschäft Waren, Rohstoffe, Halbfabrikate und Fabrikate, Maschinenteile oder andere Gegenstände fortzubringen oder fortschaffen zu lassen. Ihr Betrieb muß in vollem Umfange weitergeführt werden und Sie werden aufgefordert, einen Betriebsleiter für Ihr Geschäft zu bestellen und den Namen des Betriebsleiters der Polizeidirektion sofort anzuzeigen. Im Falle der Weigerung wird der Betriebsleiter durch die Polizeidirektion bestellt. In diesem Falle erfolgt die Weiterführung des Geschäftes oder Betriebes und dessen Veräußerung — unbeschadet der Rechte Dritter, die vor der Zustellung dieser Anordnung entstanden sind — zugunsten der bayerischen Staatskasse. Falls der gegen die Ausweisung eingelegten Beschwerde stattgegeben wird, ist vorstehende Anordnung hinfällig.

Der Polizeipräsident, gez. Mantel."

Die Methoden, mit denen der Polizeipräsident von München in seinem „Wegweisungsbefehl" droht, erinnern lebhaft an das Enteignungsfieber, daß die Bolschewisten in Rußland nach der Errichtung ihrer Diktatur zum Entsetzen aller guten Bayern ergriffen hatte. Es gehört augenscheinlich mit zum antimarxistischen Kurs in Bayern, nach unverfälschten „marxistischen" Rezepten zu verfahren.

Nürnberg, 31. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Generalstaatskommissar v. Kahr verhinderte kurz nach seinem Amtsantritt den Abtransport eines in der Reichsbankfiliale in Nürnberg lagernden Goldbestandes der Reichsbank. Inzwischen ist es gelungen, 80 Millionen Goldmark von dem Nürnberger Bestand, der insgesamt 100 Millionen Goldmark betrug, nach Berlin zu transportieren.

Die Liga für Menschenrechte hält am 1., 2. und 3. November einen französischen Landeskongreß in Paris ab, auf dessen Tagesordnung an erster Stelle die Besetzung des Ruhrgebietes und die Reparationsfrage stehen. Am 4. und 5. November veranstaltet die Liga einen internationalen Kongreß ebenfalls in Paris, an dem auch die Vertreter der ausländischen Ligen teilnehmen werden.

Nach der Krise.

Abbruch des Generalstreiks in Sachsen.

Dresden, 31. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die am Dienstag nachmittag noch vollständig ungeklärte Lage in Sachsen hat eine wesentliche Entspannung erfahren. Eine Stunde nach Abzug der Reichswehr aus dem Landtage trat das Plenum bereits zu seiner ersten Sitzung zusammen, der sich mit einigen Unterbrechungen drei weitere Sitzungen anschlossen. Nach eingehenden Verhandlungen erklärten sich die Demokraten bereit, eine sozialistische Minderheitsregierung im Hinblick auf den Ernst der Lage im Reich und in den Ländern bedingungslos zu unterstützen. Nach den Verhandlungen gaben die sächsischen Demokraten ihrem Bedauern Ausdruck, daß die Maßnahmen der Reichsregierung ohne jede Fühlungnahme mit ihnen erfolgt seien. Dies um so mehr, weil die Ernennung des Reichskommissars und die Beseitigung des Kabinetts in einem Augenblick erfolgte, wo die Unmöglichkeit des Zusammenarbeitens mit den Kommunisten klar zutage trat und der Rücktritt des Kabinetts binnen kurzem erfolgen mußte. Die von dem Reichskommissar angeordneten Maßnahmen, insbesondere das Verbot der Landtagssitzungen und die Schließung des Landtagsgebäudes, weiter die Ernennung ausschließlich den Rechtsparteien angehörender Beamter, wurde von den sächsischen Demokraten durchaus mißbilligt. Die demokratische Landtagsfraktion sah im Einvernehmen und unter Beihilfe der Fraktion des Reichstages ihre Aufgabe vor allem darin, die Beschränkung des Landtages zur Aufhebung zu bringen und alles daran zu setzen, um eine den Vorschriften der Landesverfassung entsprechende Neubildung der Regierung herbeizuführen.

Ihre einsichtige Haltung hat mit Unterstützung der Genossen Wels und Dittmann zum Erfolg geführt. In der Nachtsitzung des Landtages wurde Genosse Fellisch mit den sozialistischen und demokratischen Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. Von 72 anwesenden Abgeordneten wurden 64 Stimmzettel abgegeben, davon 46 für Fellisch, 18 für den Volksparteiler Dr. Kaiser. Die Deutschnationalen und Kommunisten enthielten sich der Stimme. Ministerpräsident Fellisch, der erst Wirtschaftsminister des Kabinetts Zeigner war, konnte bisher sein Amt noch nicht übernehmen, weil Reichskommissar Dr. Heinze noch in der Nacht vom Dienstag zum Mitwoch nach Berlin gefahren ist, um Instruktionen einzuholen und dem Reichskanzler Dr. Stresemann die neue Kabinettsliste vorzulegen.

Die Ablösung des Reichskommissars

durch den neuen Ministerpräsidenten dürfte am Vormittag des heutigen Donnerstag erfolgen. Das neue Not- oder Uebergangskabinett ist ein rein sozialistisches und weist nur bekannte Namen auf. Aus dem ersten bzw. zweiten Kabinett Zeigner werden in gleicher Eigenschaft übernommen: Liebmann (Inneres), Heidt (Finanz), Neu (Justiz), Graupe (Arbeit), Fleißner (Kultus). Als neuer Mann tritt der Reichstagsabgeordnete Genosse Krätzig auf, der das Wirtschaftsministerium übernehmen soll, dessen Zustimmung bisher jedoch noch nicht eingetroffen ist. Auch von einigen anderen Ministern steht die Zusage noch aus.

Der Lösung stehen manche Hindernisse entgegen, doch werden sie überwunden in zuversichtlicher Hoffnung aller bewußt republikanischen Elemente, daß durch die schnelle Beilegung der sächsischen Krise die schwerere, in ihren Folgen unübersehbare Reichskrise erspart bleibe und daß die rückkehrende Ruhe in Sachsen das Erstarken der Position des Reichs zur Folge haben wird. Es sei aber nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die verfassungstreue Bevölkerung Sachsens nunmehr einer

Lösung der bayerischen Krise

im Sinne des Reiches mit gespanntester Erwartung entgegensieht. Das neue Opfer der sächsischen Sozialdemokratie wird von der Arbeiterschaft im Lande nicht verstanden werden, wenn das Reich seine schwächere, demütigende Haltung gegenüber Bayern beibehält. Die sächsische Sozialdemokratie hat sich nicht gescheut, einen weiteren mutigen Schritt zur Wiederherstellung normaler Verhältnisse zu tun und hat folgenden Aufruf an „Die streikenden Arbeiter, Angestellten und Beamten" erlassen:

Die unterzeichneten Parteien und Gewerkschaftsinstanzen haben die werktätigen Kreise zu einem dreitägigen Proteststreik gegen den Staatsstreich in Sachsen aufgerufen. Die Arbeiterschaft ist diesem Rufe nachgekommen. Durch die Neubildung der verfassungsmäßigen Regierung mit dem Ministerpräsidenten Fellisch sind die Ursachen des Proteststreiks behoben.

Parteien und Gewerkschaftsinstanzen, einschließlich der Kommunisten, haben es daher für notwendig gehalten, den Streik aufzuheben.

Wir fordern die Streikenden auf, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. VSPD., ADGB., AfA., ADB.

Es ist bezeichnend für die kommunistische Taktik, einem solchen Aufruf zwar vollkommen zuzustimmen, aber nicht mit zu unterzeichnen. Sie erkennen also die Gefahr, die in der Fortführung des Streiks liegt. Trotzdem wollen sie den Anschein erwecken, als handele es sich um ein „Fälschungsmanöver", als wäre dieser Aufruf ohne ihre Zustimmung beschlossen worden. Die neue und doch so alte kommunistische Taktik geht dahin, die Arbeiterschaft mißtrauisch gegenüber der sozialdemokratischen Parteileitung zu machen. Das bewies auch die Rede des kommunistischen Abgeordneten Böttcher, der von der verantwortlichen Stellung des Finanzministers wieder zur unverantwortlichen Oppositionsstellung zurückkehrte. In seiner Erklärung, die sehr schlecht aus dem Russischen übersetzt war, behauptete er u. a., daß die Sozialdemokratie den Staatsstreich sanktionierte, indem sie die Regierung Zeigner fallen ließ. Zeigner habe das Pfund, das ihm die Arbeiterschaft in die Hand legte, vertan. Die Arbeiterschaft sei von ihm verraten. Mit den üblichen Ausfällen sagte er der VSPD. den schärfsten Kampf an. Man sieht, daß die KPD. für eine positive parlamentarische Arbeit nicht reif ist und daß sie nach dem gescheiterten Versuch reumütig zum phrasenreichen Maulheldentum zurückkehrt.

Konferenz der Thüringer Sozialdemokratie.

Weimar, 31. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Eine am Mittwoch in Weimar stattgefundene Bezirkskonferenz der VSPD. Thüringen hat nach mehrstündiger Beratung folgende Entschließung angenommen:

„Die Thüringer Bezirkskonferenz der VSPD. hält nach wie vor an der Auffassung fest, daß die Einberufung einer Länderkonferenz für Sachsen und Thüringen eine Notwendigkeit ist. Die Konferenz erwartet, daß engere Beziehungen zur Landesleitung der VSPD. Sachsens hergestellt werden. Die Konferenz steht weiter nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die sozialdemokratisch-kommunistische Regierung dem Lande Thüringen erhalten bleiben muß. Von den Thüringer Kommunisten wird erwartet, daß sie alles unterlassen, was der Reaktion einen Vorwand zur Reichsexekutive liefern könnte. Ueber alle Massenaktionen muß vorher eine zentrale Verständigung erzielt werden. Teilaktionen führen erfahrungsgemäß zur Niederlage und müssen infolgedessen unterbleiben. Der Generalstreik als letzte und entscheidende Waffe im Abwehrkampf gegen die Reaktion kann nur dann zum Ziele führen, wenn er von allen Organisationen und Schichten des Proletariats getragen wird. Die Konferenz erklärt ferner: Die Politik der Regierung Stresemann hat besonders während der letzten Zeit einen Kurs genommen, der deutlich erkennen läßt, daß sie alle Rechte sowie alle politischen und gewerkschaftlichen Positionen der Arbeiterklasse gefährdet und durch diese Politik das Proletariat aller Kampfkraft beraubt wird. Die Konferenz verurteilt die Haltung des Parteivorstandes zum Belagerungszustand und zur sächsischen Frage. Die große Koalition hat sich jetzt mehr denn je als ein für das Proletariat unerträgliches Experiment erwiesen. Der Austritt aus der Regierung Stresemann ist deshalb für die Partei und für die Arbeiterklasse eine absolute Notwendigkeit. Die Parteiorganisationen werden ersucht, in diesem Sinne intensivste Tätigkeit zu entfalten."

Ismet Pascha ist von der Nationalversammlung in Angora einstimmig als Ministerpräsident bestätigt worden.

Dollar in New York: 133,3 Milliarden Mark (Schlußkurs)

Talmi und Gold.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Ueber eine Aufführung des Händelschen „Samson" unter Bruno Walter ist ein offenes Wort um so mehr am Platz, als sich diese Demonstrationsspiele in Berlin öfter breitmachen wollen. Die Schuld an dem künstlerischen Mißerfolg tragen besondere Vorbereitungsumstände und die spielerische Absicht Walters, sich in ihm fremden Kunstgegenden einen Dirigiererfolg zu holen. Er täuscht sich, wenn er glaubt, in einer Verständigungsprobe mit einigen hundert Sängern fertigzuwerden, die alle ihre eigenen Marotten haben. Das Technische einer solchen Partitur hat Walter noch aus dem Traum heraus in den Fingern. Aber er hat kein Verhältnis zum Stoff des Werks, hat keinen Händel-Stil und hat bei höchster Autorität nicht die Kraft, Chor, Orchester und Solisten, meterweis voneinander getrennt, zu einen, stimmungsgemäß zu binden. Flöten, Oboen, Trompeten hätten verfechsfacht sein müssen, in die jubelnden Gesänge mußten Harfen, Lauten einfallen, beim Einsturz des Tempels mußte das Schlagzeug eines Straußschen Orchesters uns von den Sesseln werfen. Händel verträgt das alles und mehr an Effekten, er verträgt nur keine gemütliche Nivellierung. Walter hat die großen Kontraste nicht erfühlt oder nicht im Raum zur Wirkung gebracht. Damit ist die Aufführung gerichtet und hoffentlich nun endlich die großspurige Sehnsucht des Bürgertums nach einem musikalischen Festspielhaus in Berlin begraben. Von schönen Einzelheiten, die ins Herz drangen, sei die Tauben-Arie (Lotte Leonard) und die Es-Dur-Arie Michas (Pauline Dobert) rühmend genannt. Helgers war als Riese Harapha natürlicher denn als liebender Vater, Oehmann ein inbrünstiger Samson. Das Ganze: blinkendes Talmi.

Ganz im Banne Walters stand man dagegen, als er mit der Staatsopernkapelle Mozart (D-Dur-Sinfonie), Mendelssohn (Sommernachtstraum-Ouvertüre), Brahms (Sinfonie I) dirigierte. Hier entdeckte er sein Herz und traf das des Publikums, hier war Musizierseligkeit am rechten Platz, und wie Menuett und Trio Mozarts, wie die schwärmende Romantik Mendelssohns hier aufklang, das war einzigartig schön, war Goldwährung.

Furtwängler hatte zwischen Bach, Schubert und Berlioz das neue Klavierkonzert Op. 31 von Pfitzner gestellt. Das paßt in keine Programmordnung hinein, einfach, weil es seine stilistischen Grundsätze aus sich selber zu bilden scheint. Es nimmt einen virtuosen Kraftanlauf, verarbeitet das Hauptthema mehr sinfonisch als konzertmäßig. Das Scherzo klingt gut und ist von einheitlichem Wurf, sehnsüchtig und klang-eigenartig das lyrische Element des versonnenen Adagio, während der Schluß eine echte Pfitznersche bärbeißige Frische zeigt, die lustig sein soll. Das Werk, von Gieseking triumphal gesteigert, doch auch überhetzt, kann nicht dankbar genannt werden. Der Einfall ist oft gequält und gesucht, gelegentlich trocken. Harmonisch sind moderne Züge unverkennbar, im Durchführen wäre Sparsamkeit Bereicherung gewesen, das Werk wächst an Ausdehnung, ohne bei kargem Motivmaterial durch Tiefe zu fesseln. Uneinheitlich an wirklich konzertmäßigem Gefüge blieb es dem Publikum auch teilweis unverständlich, ja uninteressant. Furtwängler fing die Tücken des Orchestersatzes geschickt auf und errang sich mit den Extremen Bach und Berlioz seinen persönlichen Erfolg.

Willy Arbenz ist als Dirigent jung; dennoch schon routiniert und von angenehmen Manieren. Andreaes sinfonische Phantasie ist ein Konglomerat, ein internationales, geschicktes Orchesterstück, in der Farbe von Strauß beeinflußt, in der Rhythmik sogar von Wagner, das Ganze mehr von außen wirkungsvoll glänzend als innerlich leuchtend. Es ist nicht alles Gold. Mehr tonschön geigte Alma Moodie, die Interpretin des Suter-Konzerts. Erna Graesbeck singt auf eine anmutige Art italienische Arien, ein bißchen bühnenmäßig im Vortrag und nicht immer mit sanftem, weichem Ton. Aber ein begabtes Vortragstalent. Leonid Kreutzer zeigt im Op. 5 von Brahms (neben ein paar Flüchtigkeiten) großen Formsinn, ausgeglichenes Fingerspiel, Kraft, Ausdruck und Glanz. Mitunter geht der Virtuos mit ihm durch; wie es scheint, des imposanten Eindrucks wegen. Dennoch: ein Spieler von Format. Es ist nicht alles Talmi, was glänzt.

Wie man in Moskau einkauft.

Das Straßenleben in Moskau, das jetzt allmählich sein altes Bild aus der Zarenzeit wiedergewinnt, wird in hohem Maße durch die „fliegenden Händler" bestimmt. Der Russe besitzt die orientalische Liebe zum Kaufen und Verkaufen unter freiem Himmel, und deshalb ist der Straßenhandel noch sehr viel ausgeprägter als bei uns, wo er ja auch von Jahr zu Jahr zunimmt. Auf den belebten Straßen Moskaus stehen Händler mit allen möglichen Waren dicht nebeneinander, und wer einkaufen will, kann beim Dahinschlendern alles bekommen, was sein Herz begehrt. Im „Manchester Guardian" plaudert Monica Ewer von diesen Moskauer Straßenmärkten.

„In der Nähe des Kreml geht es am lebhaftesten zu," schreibt sie. „Da finden wir nicht nur die Obsthändler in großen Mengen, sondern auch Verkäufer von Kuchen und Zigaretten. Hier bietet einer Zahnbürsten feil, dort sucht einer Drahtnadeln an den Mann zu bringen, mit denen man Petroleumöfen reinigen kann. Ein Schuhputzer hat an einer Ecke einen fliegenden Laden errichtet, der sehr vielseitig ist. Er verkauft ebenso gut Spitzen wie Schuhcreme und putzt daneben unermüdlich die Schuhe. Manche haben nur einen einzigen Gegenstand, den sie vorteilhaft losschlagen wollen; hier bietet einer ein Feldglas an, dort ein anderer einen Mantel oder eine Matratze. Jeder Kauf ist mit langem Feilschen und Reden verbunden; denn es wäre sehr unvorsichtig, den ersten Preis zu zahlen, den der Verkäufer fordert. Er denkt sich gewöhnlich eine bestimmte Summe, sagt aber das Doppelte, weil er doch weiß, daß er auf die Hälfte heruntergehandelt wird. Ist man endlich einig geworden, dann wiegt der Verkäufer völlig befriedigt die Ware auf seiner Wage ab und händigt sie dem Käufer aus, in Papier eingewickelt, auf dem fromme Dinge in der Kirchenschrift stehen, die niemand lesen kann.

Aber in diesem friedlichen Handelsverkehr auf der Straße entsteht Unruhe, wenn man die roten Streifen an den Mützen der Soldaten sieht. Das ist das Zeichen zur Flucht für diejenigen, die keine Erlaubnis zum Straßenhandel haben. Sind die Soldaten herangekommen, dann steht nur noch die Hälfte der Verkäufer da, die, die ein gutes Gewissen haben. Die anderen haben Hals über Kopf ihre Körbe und Kisten, ihre Schachteln und Kästen zusammengerafft und geben Fersengeld, alt und jung, Männer, Frauen und Kinder, die Jungen lachen, die Alten schimpfen. Manchmal fällt bei der hastigen Flucht eine Schachtel herunter, die Ware rollt auf die Erde, und die Schicksalsgenossen helfen freundlich, die Sachen wieder aufzulesen. Im übrigen finden sehr wenige Verhaftungen statt, und die Uebeltäter fangen in der nächsten Straße schon wieder zu handeln an. Auch ist eine Geldstrafe etwas sehr Einfaches in Rußland, denn man zahlt sie direkt an den Schutzmann, der darüber eine Quittung ausstellt. Wer elegantere Sachen einhandeln will, der wendet sich zu den Verkaufsbuden, die kilometerlang an den Straßenrändern aufgerichtet sind.

Die gewöhnlichen Läden werden seltener besucht und sind durchaus rückständig. Der Handel hat sich den neuen Verhältnissen angepaßt, und wer früher mit Postkarten und Taschentüchern handelte, auf denen sich die Bilder des Zaren und seiner Familie befanden, der hält jetzt die gleiche Ware feil, mit den Bildnissen Lenins und Trotzkis geschmückt."

Köstliche Perlen unserer geographischen Literatur nannte der Geograph Regel die Reiseskizzen Ernst Haeckels. Der Verlag Alfred Körner in Leipzig hat jetzt wieder zwei seiner Reisebücher herausgebracht: „Aus Insulinde", malaiische Reisebriefe, und „Von Teneriffa bis zum Sinai", Reiseskizzen. Haeckel ist ein gewissenhafter Beobachter. Er führt seine Leser mitten hinein in die tropische Welt des weitgestreckten botanischen Gartens von Buitenzorg auf Java (Insulinde) unweit Batavia. Dort arbeitete Haeckel mehrere Monate sowohl im Freien wie im Laboratorium und trug seinen Teil an der ungeheuren Arbeit zur Erforschung der tropischen Natur bei. Anschaulich, wenn auch zuweilen etwas umständlich, ganz nach Gelehrtenart, schildert er die Besteigung des Pik von Teneriffa, des Vesuv, des Aetna und nicht zuletzt des asiatischen Olymp bei Brussa in Kleinasien. Auf diesen Reisen erforschte Haeckel die pelagische Tierwelt, die Staatsquallen, Radiolarien und Medusen. Wir lernen Haeckel als trefflichen Landschaftsmaler kennen. Die im Offsetdruck den Werken beigegebenen Reproduktionen seiner Aquarelle machen den Naturforscher Haeckel von neuem als Künstler bekannt. Die vornehm ausgestatteten Bände werden den Freunden Haeckels sehr willkommen sein, sie werden seinem Schaffen weitere Freunde werben.

Volksbühne. Heute Donnerstag finden zwei Rezitationsabende in der Aula Gitschstraße 23 und in der Aula Reuköln, Donaustr. 122–27, statt. Vorlesende sind Nora Zepler und Dr. Restriepke.

Die Singakademie veranstaltet als 1. Abonnementskonzert unter Leitung ihres Direktors Prof. Dr. Schumann am Freitag und Sonnabend dieser Woche Aufführungen von Bachs H-Moll-Messe in der alten Garnisonkirche. Eintrittskarten bei Bote & Bock und für Abonnenten in der Singakademie (4–7).

Museumsführungen. Sonntag, den 4. Nov., 9½ Uhr vormittags, finden wissenschaftliche Führungen im Kaiser-Friedrich-Museum („Deutsche Bildwerke" — Dr. Volbach) und im Museum für Völkerkunde („Südamerika" — Professor Max Schmidt) statt. Eintrittskarten sind vor Beginn der Führungen am Eingang der genannten Museen in beschränkter Anzahl erhältlich.

Das Ziel der Kommunisten.

Zerschlagung der Sozialdemokratie. — Entfesselung des Bürgerkrieges.

Die Hamburger Vorgänge, die Konflikte in Sachsen, haben die Unmöglichkeit, zurzeit mit den Kommunisten gemeinsam Arbeiterpolitik zu betreiben, so eindringlich erwiesen, wie sie überhaupt erwiesen werden kann. Die Arbeiterschaft kann die Republik und damit die Basis ihrer Zukunft nur dann erhalten, wenn sie den Boden der Demokratie, der der Mutterboden ihrer eigenen Bewegung ist, nicht verläßt, wenn sie alle ihre Kräfte anspannt, um jeden Versuch zur Entfesselung des Bürgerkrieges, er möge kommen, von wem er will, von vornherein unmöglich zu machen. Die Taktik der Kommunisten ist auf das Gegenteil eingestellt. Ihr ganzes Sinnen und Trachten, die Strategie ihrer lokalen und zentralen Maßnahmen dient der Vorbereitung und der Entfesselung des Bürgerkrieges in Deutschland. Jedes, aber auch jedes Mittel ist ihnen zu diesem Ziel recht. Lokale Putsche, Teuerungsunruhen und Krawalle, Zersetzung der Arbeiterorganisationen, alles soll diesem einen Ziele untergeordnet werden, den Bürgerkrieg vorzubereiten und ihn in einer für sie günstigen Stunde zum Ausbruch zu bringen. Das hier veröffentlichte Rundschreiben der kommunistischen Zentrale, das sie dieser Tage an alle ihre Organisationen bis zu den Ortsgruppen hin versandt hat, beleuchtet diese Taktik so sehr, daß es nicht nötig ist, Einzelheiten dieses für sich selbst sprechenden Dokumentes noch besonders zu unterstreichen. Von eigenartigem Interesse ist höchstens die besondere Vorliebe, die die Kommunisten denjenigen Genossen widmen, die sie in ihrer Sprache als „linke Führer der SPD." bezeichnen. Wenn sie in ihrem eigenen Kreise Ziele und Methoden ihrer Politik enthüllen, sagen sie offen, wozu sie Bündnis- und Koalitionspolitik betreiben: Nicht zur Erreichung und Durchsetzung einer bestimmten gegebenen Aufgabe der Arbeiterpolitik, sondern zur Zerstörung und Zersetzung der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Orgnisationen. Genau so bewerten sie selbst ihr dauerndes Geschrei von der Einheitsfront. Auch das dient nur dem gleichen Zweck. Kein Wort könnte scharf genug sein, um die Frivolität zu kennzeichnen, die aus dem Dokumente spricht. Die kommunistischen Führer wissen danach selbst ganz genau, welche ungeheure Gefahren die Entfesselung eines Generalstreiks heute für die Arbeiterklasse in sich birgt. Das hindert sie nicht, an allen Ecken die Sozialdemokratie, die aus dieser Einsicht die praktischen Konsequenzen zieht, in der gemeinsten Weise des Verrats zu bezichtigen. Die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung, die die Voraussetzung ihres dauernden Erfolges ist, wird nur möglich sein, wenn sie gegen die kommunistischen Zerstörer und gegen die Propheten des Bürgerkrieges durchgesetzt wird.

Das letzte politische Rundschreiben der kommunistischen Zentrale vom 25. Oktober hat folgenden Wortlaut:

Die wichtigsten Merkmale der Lage sind folgende:

1. innerhalb der Arbeiterbewegung:

Durch den **Verrat der linken SPD.** und ihre Vereinigung mit der rechten USP. und dem ADGB. bei der Reichsexekutive in Sachsen ist die Kampfkraft der eben erst hergestellten proletarischen Einheitsfront so geschwächt worden, daß dem Entscheidungskampf noch ausgewichen werden mußte. Es ist der **Reaktion mit Hilfe der linken SPD.** und der Gewerkschaftsbureaukratie gelungen, die Arbeit der Reaktion zu besorgen und die Arbeiterschaft vor die Alternative zu stellen, entweder getrennt und uneinig den Kampf aufzunehmen und die Niederlage zu riskieren oder dem Entscheidungskampf auszuweichen, um die von der SPD. gestörte einheitliche Kampffront aufs schnellste wieder herzustellen gegen diese Führer **oder mit neuen aus der SPD.-Arbeiterschaft herangezogenen Führern.** Es zeigt sich allgemein, daß die linken **SPD.-Führer dem Kampfe ausweichen** wollen. In Sachsen die Gruppe Zeigner, in Thüringen die sogenannten Linken in der Bewegung. Dasselbe in Berlin die zentralen Führer der Linken. Es zeigt sich weiter, daß die linken Führer noch über ein großes Kapital von Vertrauen auch bei revolutionär gesinnten SPD.-Arbeitern verfügen, das sie befähigt, **hemmend auf die Arbeiterschaft zu wirken.** Der klare Beweis dafür ist die Chemnitzer Konferenz, wo es den linken SPD.-Führern gelang, einen Beschluß auf sofortige Proklamierung des Generalstreiks zu verhindern. Ebenso haben die linken SPD.-Führer in Berlin noch vermocht, **das Zustandekommen eines den Kampf vorbereitenden Aktionsausschusses zu verhindern.**

2. im bürgerlichen Lager:

Die militärische Macht des Gegners ist jetzt auf dem Höhepunkt. Der Faktor der Zersetzung beginnt erst bei ihnen zu wirken. Diese sind: der Gegensatz Bayern und Reich (der zugleich ein Gegensatz innerhalb des Offizierkorps ist). Die Gruppe Seeckt einerseits, die Gruppe Ludendorff andererseits. Der rheinische Separatismus, die elementaren spontanen Massenausbrüche, die die Reichswehr und Schupo zerstreuen, erhalten, nicht zur Ruhe kommen lassen, anstecken. Wie bekannt geworden, hat Bayern mit Polen vereinbart, daß das Rheinland preisgegeben wird, ebenfalls Ostpreußen. Die Tatsache, daß das Reich in Trümmer gelegt wird durch bürgerliche Kräfte, wirkt in außerordentlichem Grade zersetzend auf die militärischen und Parteikräfte des Bürgertums.

Folgerungen.

Die Aufnahme des entscheidenden Kampfes mit einer gespaltenen, untereinander sich bekämpfenden und hemmenden Arbeiterklasse gegen einen noch unzerschlagenen Gegner auf dem Höhepunkt seiner militärischen Macht wäre eine historische Katastrophe erster Ordnung, würde die sichere und entschiedene Niederlage bringen,

nicht nur für die deutsche, sondern ebenso für die russische Revolution, während uns der Sieg sicher ist, wenn wir zuvor die Arbeiterklasse durch Propaganda und durch Teilaktionen um uns vereinigen, den Gegner zersetzen, und um so die Positionen sturmreif zu machen. Jedem Parteimitglied muß klar gemacht werden, daß

der politische Generalstreik in der gegenwärtigen Situation den Kampf um die Macht und daher den bewaffneten Aufstand bedeutet, wobei entweder wir unaufhaltsam bis zur völligen Niederschlagung des Gegners fortschreiten, oder der Gegner uns völlig niederschlägt.

Halbe Entscheidung ist in diesem Falle unmöglich. Wir wissen, daß der Gegner seine Rechnung einstellt auf ein Losschlagen unsererseits ohne die genügende politische und militärische Vorbereitung. Der Gegner weiß, daß die Zeit gegen ihn arbeitet. Sie arbeitet für uns, wenn wir sie benutzen, um mit der größten Energie, Beschleunigung und Gründlichkeit die politischen, organisatorischen und technischen Voraussetzungen für **den Anfang zum Entscheidungskampf** zu machen.

Die Frist für die Vollendung dieser Vorbereitungsarbeit kann nur ganz kurz sein. Die Parteigenossen müssen alle Kräfte anstrengen, die geschlossene Kampffront sofort wiederherzustellen.

Die nächsten Hauptaufgaben

sind dabei:

1. die völlige Loslösung der SPD.-Arbeiter von **den jetzigen linken Führern,** die entweder zu einer Trennung dieser Arbeiter von ihren jetzigen Führern führt, oder unter **neuen Führern einen aktionsbereiten und fähigen linken Flügel** schafft.

Wir wollen und müssen erzielen, daß entweder ein Teil dieser linken Führer durch Druck von unten genötigt ist, gemeinsam mit uns den Generalstreik zu proklamieren oder daß, wenn wir allein den Generalstreik proklamieren, gestützt auf die Betriebsräte, Aktionsausschüsse diese linken Führer bereits diskreditiert sind und wir soviel Kredit gewonnen haben, um die Arbeiterklasse geschlossen in den Kampf zu führen. Ohne diese Geschlossenheit ist bei der ausgezeichneten militärischen Organisation des Gegners unser Sieg unmöglich.

Die Zusammenschweißung der Arbeiterschaft **für den Kampf und ihre Befreiung von den Verrätereien der linken Führer:**

1. indem wir zentral, bezirksweise und örtlich mit ADGB., SPD., ADB. und AfA verhandeln mit dem Ziel: **gemeinsamer Kampf um Brot und gegen bayerische Reaktion,** gemeinsame Vorbereitung des Generalstreiks.

2. Indem wir an der Hand ihres Verhaltens, an der Hand der vorliegenden Tatsachen ihre Kampfscheu, ihr Schwanken, ihre Verrätereien schonungslos bei den Massen aufdecken und anklagen.

Zweite Hauptaufgabe. Unsere eigenen technisch-organisatorischen Vorbereitungen müssen mit der größten Energie verstärkt und verbessert werden. In der Hinsicht haben wir uns so einzustellen, daß wir imstande sind, an all den aufsteigenden Tages- und Teilkämpfen führend teilzunehmen und sie auszuwerten und **zusammenzufassen zum Entscheidungskampf.** Höchste Aktivität in allen spontanen Kämpfen, Sicherung der Partei durch Einstellung auf strengste Illegalität, durch Untertauchen in der breiten Massenbewegung.

Dritte Hauptaufgabe. Die aktive Gewinnung und Neutralisierung der kleinbürgerlichen, sich zersetzenden Elemente, vor allem auch in Reichswehr- und Faschistenformationen, Schupo. Mobilisierung der Frauen zur Arbeit unter diesen Schichten.

Vierte Hauptaufgabe. Der **Beginn des Entscheidungskampfes** kann nur aus der gesteigerten Welle spontaner und elementarer Massenkämpfe erwachsen, deren wir uns aktiv, richtunggebend, führend und zusammenfassend anzunehmen haben. Dabei wird es unvermeidlich zu vereinzelten lokalen Zusammenstößen, Plünderungen usw. kommen.

Wir wollen diese nicht hemmen,

aber anderseits kühl und genau

abschätzen, wie weit wir gehen können,

ohne uns vorzeitig Schlappen holen zu können.

Die wichtigsten Losungen und Forderungen dieser revolutionären Teilkämpfe und Vorgefechte müssen sein:

1. Lohnzahlung in Dollar, in den heute alle Preise festgesetzt sind, Wirtschaftsbeihilfen.

2. Lebensmittelbeschaffung, Beschlagnahme der Vorräte des Großhandels, der Mühlen und Rittergutsbesitzer. Verteilung durch Konsumvereine, Kleinhändlergenossenschaften und Kontrollausschüsse.

3. Verteidigung des Achtstundentages.

4. Verteilung von Brot und anderen Lebensmitteln, Heizstoffe, an Erwerbslose, Kinder und Alte.

5. Wiedereröffnung der stillgelegten Betriebe, Fortführung durch Betriebsräte mit Hilfe von Staatskrediten.

5. Gemeinsamer Kampf gegen die bayerische Reaktion, Zurückziehung der Reichswehr aus Sachsen, Aufhebung des Belagerungszustandes.

5b. Beschlagnahme der Vermögen der die Produktion sabotierenden Unternehmer.

5c. Verhaftung der großkapitalistischen Landesverräter Stinnes, Hagen und Konsorten. Aburteilung durch Volksgerichte.

6. Beseitigung der großen Koalition. Bildung einer Regierung der Arbeiter und werktätigen Bauern.

Hamburg muß für die Partei eine eindringliche Lehre sein, wie man es nicht macht. Durch den Verrat der SPD. haben sich unsere Genossen in Hamburg isolieren lassen. Die Hamburger Aktion ist eine breite, aber ungenügend vorbereitete Massenaktion, bei der neben dem stark gerüsteten Feind noch bedeutende Teile der sozialdemokratischen Arbeiter gegen uns standen. Das Hamburger Beispiel zeigt uns, daß wir nicht vernachlässigen dürfen, die **Sabotage der verräterischen SPD.-Führer gründlich auszuschlachten und die Massen organisatorisch fest zusammenzubinden,** daß ferner ohne ausreichende Zersetzung des Gegners der heroische Opfermut der **proletarischen Vorhut** nicht ausreicht, um den Erfolg zu sichern. Hamburg war und ist eine Episode, die uns nicht zu entmutigen braucht, obgleich sie zu einer lokalen Schlappe führte, wenn unsere Genossen im ganzen Reich die Nutzanwendungen politisch zu ziehen verstehen.

Berlin, den 25. Oktober 1923.

Mit kommunistischem Gruß!

Zentrale der KPD., Sektion der Kommunistischen Internationale.

Nach einem uns vorliegenden Bericht wurde in der erwähnten Mitgliederversammlung folgendes ausgeführt:

Wir wiesen bereits in unserer gestrigen Abendausgabe darauf hin, daß den Verrätern der kommunistischen Zentrale in der Berliner Bezirksleitung erneut ein heftiger Widersacher entstanden ist. Der unten abgedruckte Bericht der Mitgliederversammlung des zweiten Berliner Kreises vom Montag kennzeichnet den Geist der Zersetzung, der durch die kommunistische Agitation konsequenterweise in den eigenen Reihen erzeugt wird. Interessant ist nur die erneute Bestätigung der Tatsache, daß genau wie beim Märzputsch 1921 die angeblich so spontanen Massenbewegungen des Proletariats in verhängnisvollster Weise von der Pünktlichkeit der Kuriere der Zentrale beeinflußt werden. Die Wirkung bei den Massen ist klar. Der Feind der Arbeiterschaft steht bekanntlich niemals für diese radikalen Herrschaften im fremden Lager, er steht immer im eigenen Lager, und deshalb ertönt der wohlbekannte Ruf: Die Führer haben uns verraten! Weg mit diesen Führern! Dieser Ruf wird so lange ertönen, bis nur noch Trümmer übriggeblieben sind.

*

Der Abschluß der Bewegung, vor der wir stehen, ist ein ungünstiger für die revolutionäre Bewegung. Warum hat die KPD. die Zuspitzung der sächsischen Frage nicht benutzt, um allein den politischen Kampf aufzunehmen. Die Partei hat nicht gekämpft, weil sie auf eine falsche Karte gesetzt hat, weil sie sich mit einem politischen Leichnam, mit der linken SPD., verbündet hat. Falsche Einheitsfronttaktik! Die Lage der Partei ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Die Partei hat versäumt, den Massen klar zu sagen, daß die **Diktatur der Arbeiterklasse nur durch den direkten Kampf** erreicht werden kann. Antrag der Reichszentrale an Exekutive auf **Absetzung der Berliner Bezirksleitung,** weil sie davor gewarnt hatte, Bündnisse mit der linken SPD. zu schließen. Wir — die Bezirksleitung — taten alles, um das Berliner Proletariat auf die bevorstehenden Kämpfe einzustellen. Was kam? Vorgehen der Reaktionäre in Sachsen, Konflikt Müller-Zeigner! Einmarsch der Reichswehr in Sachsen. Diesen entscheidenden Zeitpunkt hätte die Parteileitung benutzen müssen. Chemnitzer Betriebsrätekongreß, Antrag auf Generalstreik, linke SPD abgelehnt. **Hamburg hat losgeschlagen auf Befehl der Zentrale,** dieselbe hat starr und blind auf die linke SPD. vertraut. **Hamburg hat losgeschlagen, weil ein Kurier anderthalb Stunden zu spät eingetroffen ist.** Antrag der Berliner Bezirksleitung auf Proklamierung des Generalstreiks durch die Zentrale abgelehnt. Durch das Nichtkämpfen Vorstoß der Reaktion. Zweite Frage: Können wir jetzt noch allein kämpfen? Entscheidende Fragen. Regierung Zeigner ist abgesetzt. Darf die KPD. allein zum Generalstreik aufrufen, wenn auch die linke SPD. den Kampf ablehnt? Die sächsischen Arbeiter, die nicht kämpfen wollen, sind nicht schuld, sondern sie sind durch die falsche Leitung und Parolen zu dieser Passivität erzogen. Die Reichszentrale hat die Einberufung einer Konferenz abgelehnt. Welchen Weg hat die Partei jetzt zu wählen? **Es sind in der letzten Zeit Austritte erfolgt.** Wir haben das Gefecht verloren, weil wir **falschen Parolen** gefolgt sind, weil wir uns mit einem politischen Leichnam verbündet hatten. Die Situation ist noch nicht entschieden, die KPD. muß die Führerin der deutschen Arbeiterschaft sein. Die SPD. und Gewerkschaften werden erledigt sein. Es ist aber notwendig, eine **klare Politik** zu schaffen. Es wird verlangt, daß **diejenigen, die die Verantwortung für die falsche Politik der letzten zwei Jahre tragen, aus der Leitung entfernt werden.**

Generalstreik?

Arbeit für die Reaktion.

Vom Vorstand des ADGB. wird uns geschrieben:

An die Vorstände der gewerkschaftlichen Spitzenverbände sind aus Anlaß der Vorgänge in Sachsen zahlreiche Aufforderungen gelangt, die zum schärfsten Protest und zur Abwehr der Reaktion durch Aufruf der Massen zum Generalstreik drängten. Die Genossen im Reiche dürfen überzeugt sein, daß die Gewerkschaftsleitungen in der Verurteilung der gegen Sachsen durchgeführten Maßnahmen nicht hinter ihnen zurückstehen. Wir halten dieses Vorgehen für ein verhängnisvolles Spiel mit der Republik und haben mit unserer Kritik desselben nicht zurückgehalten. Für Protesterklärungen wäre kein Wort zu scharf. Für die Abwehr durch die Tat können aber nicht unsere Gefühle entscheidend sein, sondern es muß die ruhige Abwägung des Wohles der Arbeiterbewegung den Ausschlag geben. Das Wohl der Arbeiterbewegung aber fordert die Verteidigung der Republik.

Noch ist die Reichsregierung gewillt, der bayerischen Reaktion Widerstand zu leisten. Im Gefühl schwächlicher Vorsicht beschränkte sie sich bisher auf papierene Noten, während sie in Sachsen mit Kanonen gegen Spatzen schießt. Mit der Waffe des Generalstreiks würde nur der letzte Widerstand des demokratischen Bürgertums gebrochen und das Reich wehrlos zur Beute der bayerischen Reaktionäre und ihrer Helfershelfer in Norddeutschland gemacht. Ein Generalstreik im Reiche des Herrn von Kahr, ein Generalstreik bei den Freunden Ludendorffs in Preußen würde vielleicht den erwarteten Eindruck hervorrufen, aber eine Stillegung der gesamten Wirtschaft im Reiche nützt lediglich der Reaktion. Sie würde überdies angesichts der gegenwärtigen Ernährungs- und Währungsschwierigkeiten zu unerträglichen Zuständen für die Arbeiterschaft selbst führen. Die Arbeiterfamilien sind nicht im Besitz ausreichender Mittel, um den Hunger auch nur wenige Tage lang von ihrer Schwelle zu bannen. Dazu kommt, daß weite Arbeitnehmerkreise durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Verdienstrückgang in ihrer Widerstandskraft geschwächt sind. Insbesondere aber sind die Kräfte der Arbeiterbewegung geschwächt durch die unverantwortliche Taktik der kommunistischen Partei. Vergeblich sucht sie unter dem heuchlerischen Ruf nach der Einigung des Proletariats ihre wahren Absichten, nämlich die Zertrümmerung der deutschen Arbeiterbewegung, zu verbergen. Durch ihr Tun und Treiben lähmt und hemmt sie die organisierte Arbeiterschaft und gefällt sich noch obendrein darin, unsere so von ihr geschädigten Organisationen zu verunglimpfen und zu verhöhnen.

Daß die Generalstreikparole in den Kreisen der übrigen Gewerkschaftsrichtungen wenig Gegenliebe findet und dadurch der Eindruck einer solchen Aktion geschwächt wird, steht ebenfalls außer Frage. So würde ein Generalstreik in diesem Augenblick keine Machtprobe des Proletariats sein. Er würde die Gewerkschaften in eine verhängnisvolle Katastrophe und die Arbeiterschaft in einen Abgrund der Not treiben, ohne der Sache der Republik zu nützen. Er nützt nur den offenen und verborgenen Feinden der Republik von rechts und links, die seit Jahren einander in die Hände gearbeitet haben, aber zwischen die ehrlichen Verteidiger der Republik würde er einen Keil der Zwietracht hineintreiben und ihre Widerstandskraft aufheben.

Aus diesen wohlerwogenen Gründen haben die Vorstände der Spitzengewerkschaften die Einsetzung der Waffe des Generalstreiks abgelehnt und sind entschlossen, wie bisher ihren Einfluß einzusetzen, um die Reichsregierung zu ernstlicher Verteidigung der Republik anzuhalten. Zu dieser Entscheidung führt sie auch die weitere Erwägung, daß der Aufruf der letzten Kräfte zur Abwehr in erster Linie eine Aufgabe der politischen Vertretung der Arbeiterklasse in der Sozialdemokratie ist. Die leitenden Instanzen der sozialdemokratischen Partei beraten in diesen Tagen über ihre weitere Taktik in der gegenwärtigen Krise. Schon heute steht aber zweifellos fest, daß sie die Mittel zur Abwehr der augenblicklichen Gefahr noch keineswegs für erschöpft halten. Ein Generalstreik kommt auch für sie zurzeit nicht in Frage.

Der Bundesvorstand des ADGB. hält sich verpflichtet, den Gewerkschaftsgenossen im Reiche von dieser Stellungnahme unverzüglich Kenntnis zu geben und sie dringend zu warnen, die Kräfte der Arbeiterbewegung in unzeitgemäßen und nutzlosen Einzelaktionen zu erschöpfen. Solche Aktionen können verhängnisvoll werden, wenn die Situation einen wirklichen Entscheidungskampf des Proletariats erfordert. Wir erwarten von unseren Gewerkschaftsmitgliedern, daß sie es auch heute noch wie früher verstehen, in schwierigen Zeiten, die kühles Abwägen und klaren Verstand voraussetzen, die strengste Disziplin zu halten. Das Wohl der ganzen Arbeiterbewegung hängt davon ab!

Herr v. Kahr einst und jetzt.

In der volksparteilichen „Zeit" und im „Berliner Tageblatt" wird sehr zeitgemäß an eine Rede erinnert, die Herr v. Kahr, der nach dem Kapp-Putsch bayerischer Ministerpräsident wurde, am 29. März 1920 im bayerischen Landtag gehalten hat. Diese Rede enthielt folgende Sätze:

„Bei der Neubildung des Kabinetts hat die Sozialdemokratische Partei des Landtags die Beteiligung an der Regierung abgelehnt. Ich bedaure diese Stellungnahme."

„Die in der Oeffentlichkeit gegen die Reichswehr erhobenen schweren Angriffe entziehen sich meiner Stellungnahme. Die Reichswehr untersteht ausschließlich dem Reichswehrminister."

„Die Beteiligung der Reichswehr (an den Kämpfen zwischen rechts und links. D. Schriftl.) und ihre weitere Gestaltung unterliegt ausschließlich dem Reich."

Nach dem — mißglückten — Kapp-Putsch bedauerte also Herr v. Kahr den Nichteintritt der Sozialdemokratie in die bayerische Regierung. Heute macht derselbe Kahr die Forderung des Hinauswurfs der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung zur Parole des von Bayern aus organisierten neuen Kapp-Putsches. Vor drei Jahren erklärte er die Reichswehr als Organ der Reichsregierung. Heute zerreißt er zusammen mit dem Meuterergeneral Lossow das Gefüge der Reichswehr und etabliert in Bayern Zustände, die nach der treffenden Bemerkung der „Frankfurter Zeitung" an die Praxis des chinesischen Räubergenerals Tschang-Tso-lin erinnern.

Gewerkschaftsbewegung

„Steigerung der Produktion"!

Wenn über irgend etwas in Deutschland noch Einmütigkeit besteht, so darüber, daß unsere industrielle Produktion gesteigert und vermehrt werden muß, daß endlich das Baugewerbe wieder in vollen Gang gebracht werden und alle übrigen Berufszweige neu belebt werden müssen. Im krassen Widerspruch zu dieser Auffassung steht jedoch die Tatsache, daß gerade jetzt, im Zeichen der Produktionssteigerungsparole, die Produktion zu einem Teil lahmgelegt, zu einem anderen Teil auf verkürzten Gang gesetzt ist und mit vollständiger Stillegung bedroht wird. Die privatkapitalistische Produktionsweise dient nicht der Bedarfsdeckung, sondern der Wirtschaftsmacherei. Die Textilindustrie liegt größtenteils still, trotzdem es in Deutschland Millionen von Menschen gibt, die ihrer Erzeugnisse im Hinblick auf den bevorstehenden Winter dringend bedürfte. Von der Schuhindustrie gilt das gleiche, vom Baugewerbe nicht minder. Allein an der Befriedigung der Bedürfnisse des Inlandmarktes scheint dem Unternehmertum überhaupt nichts gelegen zu sein. Die Konsumenten können nur mit Papiermark zahlen und damit die zu hohen Preise nicht decken. Anstatt dem Bedürfnis der deutschen Bevölkerung sich anzupassen, ihm durch möglichst günstige Preisstellung entgegenzukommen, wird die Produktion für den Inlandmarkt als unlohnend einfach eingestellt, trotzdem es an Auslandsaufträgen fehlt.

Eine Steigerung der Produktion erfordert in erster Linie eine gewisse Umstellung der Betriebe, Verbesserung der Betriebseinrichtungen und der Betriebsorganisation, scharfe Kalkulation zur Verbilligung der Produktion und Förderung der Arbeitslust. Wo die Spekulation an erster Stelle steht, muß die Produktion zu kurz kommen. Der Betrieb wird vernachlässigt, stagniert, die Rentabilität wird in möglichst hoher Preisstellung herbeizuführen versucht und die Arbeitslust spielt keine Rolle. Der Arbeitnehmerschaft wird allerdings zum Vorwurf gemacht, daß ihre Arbeitslust und damit ihre Arbeitsintensität merklich zurückgegangen sei. Anstatt aber den auf der Hand liegenden Ursachen dieser Erscheinung nachzugehen, anstatt wenigstens den ernstlichen Versuch zu machen, sie zu beheben, und abzustellen, soll jetzt durch gesetzlichen Zwang zu erreichen versucht werden, was auf legalem Wege leicht erreicht werden kann. Es erübrigt sich, hier noch einmal all die Ursachen aufzuzählen, die jede Arbeitslust systematisch untergraben. Die ständigen Lohnverhandlungen, die häufigen und teilweise schwankenden Lohnzahlungstermine, die Entwertung der zu niedrigen Papiermarklöhne und damit die ständigen häuslichen Sorgen und Klagen, die äußerste Einschränkung der Lebenshaltung, sind wahrlich nicht geeignet, die Arbeitslust zu fördern. Wenn es noch weiterer Momente bedurft hätte, die Arbeitslust vollends zu lähmen, sind sie überreichlich herbeiherbeigeführt durch die Entlassungen aus der Arbeit, durch Einführung der Kurzarbeit und die Aussicht für die Vollarbeiter, über kurz oder lang zum gleichen Wege, von der Kurzarbeit zur Arbeitslosigkeit gezwungen zu sein. Diese Erscheinung ist gegenwärtig schon so allgemein, die Unsicherheit der Existenz so groß und verbreitet, daß sie ihre Schrecken verloren hat und mit scheinbar fatalistischem Gleichmut aufgenommen wird. Von den Arbeitern zumal, deren Lohneinkommen an der Höchstgrenze der Erwerbslosenunterstützung hin- und herpendelt.

Was geschieht, um die Produktion in all den Fällen wieder in Gang zu bringen, in denen sie ohne weiteres weitergeführt werden kann, wenn der kurzsichtig-egoistische Profitstandpunkt als ausschließlich bestimmender Faktor etwas zurückgedrängt wird? Wo bleibt hier der Zwang? Was geschieht, um die Lebenshaltung der Arbeitnehmerschaft erträglicher zu gestalten, damit das Volk nicht bei vollen Scheunen hungern muß? In dieser Beziehung soll ja wohl etwas geschehen durch teilweise Lohnzahlung in wertbeständigem Gelde. Die Löhne und Gehälter sind damit noch nicht höher. Doch von den tatsächlich auf diese Weise zu erwartenden Vorteilen abgesehen, wird das tolle Mißverhältnis offenkundiger zwischen den notwendigen Goldlöhnen und den ausgezahlten Papiermarklöhnen. Das aber bedeutet den ersten Schritt zur gründlichen Korrektur dieses Mißverhältnisses, sobald die Produktion wieder in Gang kommt.

Durch gesetzlichen Zwang zur Verlängerung der Arbeitszeit wird die Arbeitsfreudigkeit nicht gefördert, die Ergiebigkeit der Arbeit nicht gesteigert. Es müßten schon alle übrigen hier als notwendig bezeichneten Maßnahmen gleichzeitig getroffen werden. Dann aber ist dieser Zwang überflüssig und der Achtstundentag ausreichend!

Betriebsstillegung und Arbeitsstreckung.

Zur Verordnung vom 23. Oktober 1923.

Der preußische Minister für Handel und Gewerbe hat in einem Erlaß an die Demobilmachungskommissare die ihm von besonderem Wert erscheinenden Gesichtspunkte, welche bei der Handhabung der Vorschriften über Betriebsstillegungen und Arbeitsstreckung zu beachten sind, wie folgt zusammengefaßt:

„1. Alle auf Grund der Stillegungsverordnung erfolgenden Anzeigen und Anträge sind mit besonderer Beschleunigung zu behandeln. Zur Aufklärung der Umstände, welche die beabsichtigte Maßnahme veranlassen, können die Gewerbeaufsichtsbeamten (Bergrevierbeamten im Einvernehmen mit dem Oberbergamt) in weitem Umfange herangezogen werden. Im Interesse der Beschleunigung stelle ich Ihnen anheim, die Gewerbeaufsichtsbeamten (Bergrevierbeamten), soweit Sie es für erforderlich erachten, zur Entgegennahme der vorgeschriebenen Anzeigen zu ermächtigen.

2. Dagegen ist die allgemeine Uebertragung der Entscheidungen aus der Stillegungsverordnung — z. B. Genehmigung zur Entlassung von Arbeitnehmern vor Ablauf der Sperrfrist, Anordnung einer Arbeitsstreckung usw. — durch den Demobilmachungskommissar auf die Gewerbeaufsichtsbeamten (Bergrevierbeamten) nicht zulässig. Ich würde indessen keine Bedenken tragen, daß der Demobilmachungskommissar in einzelnen Ausnahmefällen, die dringend sind und keinen Aufschub gestatten, der zuständige Gewerbeaufsichtsbeamte (Bergrevierbeamte) mit der Fällung der Entscheidung, und zwar ausdrücklich im Namen und im Auftrage des Demobilmachungskommissars beauftragt wird.

3. Die Betriebsvertretungen sind unter allen Umständen zu den Verhandlungen auf Grund des § 3 der Stillegungsverordnung, und zwar, worauf ich noch besonders hinweise, vor Fällung einer etwaigen Entscheidung heranzuziehen.

4. Den Gewerkschaften ist in allen Fällen von Betriebsstillegungen durch rechtzeitige Benachrichtigung Gelegenheit zu geben, sich an den Verhandlungen gemäß § 3 der Stillegungsverordnung zu beteiligen."

Die Reichs- und Staatsangestellten wehren sich.

Vor kurzem faßten die Angestellten des Auswärtigen Amts nachstehende Entschließung:

„Die Angestelltenschaft des Auswärtigen Amts ist sich darüber im klaren, daß ein Abbau des Behördenkörpers in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage erfolgen muß. Sie ist sich weiter darüber klar, daß ein solcher Abbau in gleicher Weise mit dem Beamtenabbau erfolgen kann. Der Angestellte muß die gleichen Rechte und denselben Anspruch auf Arbeit bei Reichs- und Staatsbehörden haben wie der seit demselben Zeitpunkt beschäftigte Beamte. Die Angestelltenschaft des Auswärtigen Amts protestiert mit aller Schärfe dagegen, daß durch das Beamtenabbaugesetz die vorhandenen gesetzlichen Kündigungsfristen außer Kraft gesetzt werden und wendet sich ganz besonders scharf dagegen, daß die während der letzten Jahre gegebenen Schutzgesetze und Verordnungen außer Kraft gesetzt werden. Die Angestelltenschaft des Auswärtigen Amtes erwartet, daß durch die Maßnahmen der Regierung eine wirkliche Ersparnis der Reichsmittel gewährleistet wird und wendet sich dagegen, daß minderqualifizierte Posten mit zu hoch bezahlten Beamten besetzt werden, wie dies im Beamtenabbaugesetz vorgesehen ist. Die Angestelltenschaft des Auswärtigen Amts wendet sich an die Reichs- und Staatsregierungen, an den Reichstag und die gesamte deutsche Bevölkerung mit dem Erwarten, daß eine Nachprüfung des Beamtenabbaugesetzes in vorstehendem Sinne vorgenommen wird, so daß nicht eine einzelne Volksschicht allein von dieser Maßnahme betroffen, sondern eine gerechte Durchführung des Abbaus gewährleistet wird."

Eine Versammlung der Angestelltenräte am gestrigen Tage, in der fast sämtliche Reichs- und Staatsbehörden vertreten waren, wählte aus ihrer Mitte einen fünfgliedrigen vorläufigen Aktionsausschuß, der die Aufgabe hat, im Sinne der vorstehenden Entschließung zu wirken. Die Versammlung machte sich im übrigen die Entschließung vollinhaltlich zu eigen.

Ein tarifuntreuer Theaterdirektor.

Vom Deutschen Musikerverband wird uns geschrieben:

Zwischen dem Deutschen Bühnenverein (Theaterdirektoren-Verband) und dem Deutschen Musikerverband besteht ein in freier Vereinbarung zustandegekommener Reichstarifvertrag. Dieser Vertrag legt allen Mitgliedern des Bühnenvereins u. a. folgende Verpflichtung auf: 1. Nur Mitglieder des Deutschen Musikerverbandes dürfen beschäftigt werden; 2. Engagementsaufträge sind — unter Verbot der Inanspruchnahme anderer Stellenvermittler — der Stellenvermittlung des Deutschen Musikerverbandes zu überweisen; 3. Der zum Manteltarifvertrag gehörige Normal-Engagementsvertrag ist anzuwenden und als Folge dessen ist jedem Musiker in jeder Woche ein dienstfreier Tag zu gewähren. Zu dieser reichstariflichen Regelung treten dann für Berlin noch Abmachungen lokaler Natur, die in der Hauptsache die Lohnfrage regeln.

Von einzelnen dieser Bestimmungen abzukommen, ist in letzter Zeit von verschiedenen Berliner Theaterdirektoren versucht worden, noch niemals aber hat sich ein Berliner Theaterleiter als so tarifuntreu erwiesen, wie es jetzt dem zeitigen Leiter des Thalia-Theaters, Herrn Direktor Hajos, gefallen hat. Von der 14 Mann starken Kapelle des Thalia-Theaters gehört auch nicht einer dem Musikerverband an. Herr Hajos gewährt weder den freien Tag noch volle tarifliche Bezahlung. Wo Herr Direktor Hajos diese Musiker her hat, war noch nicht genau zu ergründen. Es wird vermutet, daß hierbei eine Agentur ihre Hand im Spiele hat, die in der Hauptsache mit Unorganisierten und vornehmlich Beamtenmusikern arbeitet und deshalb an sich schon als ausgesprochener Feind des Musikerverbandes bezeichnet werden muß. Das geniert Herrn Direktor Hajos aber durchaus nicht, im Gegenteil, er freut sich dieser unorganisierten Musiker, denen er weder den wöchentlich freien Tag zu gewähren braucht und denen er noch viel weniger den Tariflohn zu zahlen verpflichtet ist. Herr Direktor Hajos ist Mitglied des Deutschen Bühnenvereins, er kennt die Bestimmungen des Tarifvertrages sehr genau und er weiß auch, daß er sie bewußt verletzt. Eine solche Handlungsweise mutet uns an, wie eine absichtliche Provokation all derer, die nicht nur an tarifliche Abmachungen glauben, sondern die auch die Einhaltung tariflicher Abmachungen verlangen. Diese Gutgläubiger sind natürlich in erster Linie in den Kreisen der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten zu finden, und wir können uns wirklich nicht denken, daß diese Kreise ein großes Verlangen haben werden, Herrn Direktor Hajos durch recht regen Besuch seines Theaters für seine der Musikerorganisation gegenüber gezeigte Tarifuntreue noch besonders zu danken.

Deutscher Baugewerksbund, Achtung Ofensetzer! Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern führten zu einer Einigung. Für die Zeit vom 29. Oktober bis 10. November erhalten die Ofensetzer einen Stundenlohn in Höhe des tarifmäßigen Maurerstundenlohnes plus 15 Proz. Durch diese Vereinbarung ist der ungünstige Abschluß für die Woche vom 22. bis 27. Oktober abgegolten. Bei den Firmen, wo die Arbeit niedergelegt wurde, ist sie sofort wieder aufzunehmen.

Deutscher Baugewerksbund, Fachgruppe der Töpfer.

Lohnregelung in der Musikinstrumentenbranche. Ein vom Deutschen Holzarbeiterverband an die Arbeitgeberorganisation gestellter Antrag, die Lohnregelung der Vorwoche zu ändern, brachte das Ergebnis, daß die zweite Akontozahlung für die laufende Woche in doppelter Höhe geleistet wird. Die Lohnsätze der laufenden Woche regeln sich in der Weise, daß sich sämtliche Löhne und Akkordtarife sowie die Lehrlings- und Werkzeugentschädigungssätze der 4. Oktoberwoche um die Steigerungsziffer des vom S. St. A. am 1. November veröffentlichten Index erhöhen. Da die Mitglieder im übrigen informiert sind, findet eine Versammlung in dieser Woche nicht statt. Lohntarife sind ab Donnerstag im Bureau, Rungestr. 30, zum Selbstkostenpreis erhältlich.

Die kaufmännischen Angestellten im Zeitungsgewerbe erhalten auf Anweisung des Arbeitgeberverbandes weitere 100 Septembergehälter a conto Oktober. — Die Angestellten der Bekleidungsindustrie (Herren- und Damenkonfektion, Blusen- und Kleiderkonfektion, Herrenwäschebranche) erhalten in dieser Woche außer den tariflichen Bezügen ein Gehalt der letzten Woche extra. Die Verhandlungen über die Aufwertung der Bezüge werden anfangs der nächsten Woche fortgesetzt.

Achtung, Herrenmaßschneider! Seit acht Tagen befinden sich sämtliche Arbeiter der Firma Fischer u. Meißner, Wilhelmstraße, wegen Maßregelung eines Kollegen im Abwehrstreik. Die Firma lehnt jedes Entgegenkommen ab. Um Solidarität der Kollegen wird ersucht. Auskunft täglich von 3—6 Uhr nachmittags bei Opalski, Wilhelmstr. 131. Der Betriebsrat.

Eisenbahner! Freitag, den 2. November, abends 6½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24—25, Sitzung aller im DCV. organisierten VSPD.-Funktionäre, Delegierten, Betriebs- und Beamtenräte. Tagesordnung wird dort bekanntgegeben. Laut Beschluß der letzten Sitzung ist es Pflicht, in Anbetracht der gegenwärtigen Lage, pünktlich und vollzählig zu erscheinen. Dies gilt besonders für die Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses. Letztere erscheinen zu einer Besprechung eine Stunde früher. Mitgliedsbuch des DCV. und Parteibuch legitimieren. Der Werbeausschuß.

Werbeausschuß der Kommunalbeamten, Angestellten und Hilfskräfte. Freitag, den 2. November, nachmittags 4 bis ½6 Uhr, wichtige Besprechung aller Vertrauensmänner, Klosterstr. 68 I (Sitzungssaal). Auswirkung des Beamtenabbaugesetzes in der städtischen Verwaltung. Referent Genosse Stadtrat Dr. Friedländer. Alle Bezirke, Bureaus und Betriebe müssen vertreten sein.

Werbeausschuß der Post- und Telegraphenbeamten. Versammlung Freitag abend 8 Uhr im Zimmer der Juristischen Sprechstunde, Lindenstraße 3.

Steindrucker und Lithographen. Heute abend 6 Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus. Stellungnahme zum Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums. Pünktliches Erscheinen unbedingt erforderlich. Die Vertrauensleute treffen sich um 4½ Uhr. — Die Gruppenleitung.

Unterkommission des 17. Verwaltungsbezirks. Heute (Donnerstag) 7 Uhr im Zimmer 36 des Rathauses Sitzung der Unterkommission. Ausschußmitglieder treffen sich eine Stunde früher.

Chemische Industrie, AfA-Funktionäre! Versammlung am Donnerstag, den 1. November, abends 7½ Uhr, im Verbandsbureau, Kommandantenstr. 63—65, 2 Treppen. — Die Angestellten der chemischen Industrie erhalten als Akontozahlung weitere 100 Septembergehälter.

Kohlengroßhandel. Mitgliederversammlung Donnerstag abend 7½ Uhr im Verbandsbureau Belle-Alliance-Straße 7/10, 2. Hof, linker Aufgang, 3 Treppen. Bericht von den Verhandlungen.

Baugewerksbund, Fachgruppe Putzer! Sonnabend, den 3. November, nachmittags 3 Uhr, Versammlung der Bauteleglerten im Bureau. Jede Baustelle muß vertreten sein. — Montag, den 5. November, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung bei Poetsch, Landsberger Str. 31. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig. — Die Fachgruppenleitung.

Wirtschaft

Der Reichsindex für die Lebenshaltung.

(1913/14 = 1)

Durchschnitt Mai	3 816
„ Juni	7 650
„ Juli	37 651
„ August	586 045
„ September	15 000 000
6. August	149 531
13. „	436 935
20. „	753 733
27. „	1 183 434
3. September	1 845 261
10. „	5 051 049
17. „	14 244 900
24. „	28 000 000
1. Oktober	40 400 000
8. „	109 100 000
15. „	691 900 000
22. „	3 045 000 000
29. „	**13 671 000 000**

Steigerung gegen die Vorwoche 349 Proz.

Die Teuerung war in der letzten Woche nach dem Reichsindex stärker als in der Vorwoche. Das erklärt sich daraus, daß der Index vom 22. Oktober noch mit Preisen rechnete, die auf einem Dollarstand von etwa 12 Milliarden beruhten. Inzwischen erfolgte die neue Erhöhung des Dollarkursniveaus und damit die allgemeine scharfe Verteuerung der Lebenshaltung, die auch nicht aufhörte, als der Dollar bei einem Stand von 65 Milliarden mehrere Tage lang stehen blieb. Die Lebensmittelpreise haben sich von dann ab sogar in Gold weiter erhöht.

Auch der neue Index kann also nur richtig angewandt werden, wenn die inzwischen eingetretene Erhöhung der Devisenkurse um etwa 10 Proz. und die darüber hinausgehende Verteuerung des wichtigsten Lebensbedarfs durch Berücksichtigung der Großhandelszahlen oder des Dollarkurses bei der Lohnfestsetzung einkalkuliert wird.

Nachdem das System der Goldpreise sogar im Kleinhandel behördlich anerkannt ist, wird es immer dringender notwendig, daß auch der Lebenshaltungsindex in Gold aufgestellt wird, um eine Veränderung des allgemeinen Preisniveaus wenigstens annähernd auch im Laufe der Woche ohne große Schwierigkeiten feststellen und der Lohnbemessung zugrunde legen zu können. Der Umstand, daß der bisherige Index in der Regel bereits unbrauchbar geworden ist, wenn er erscheint, während sich die allgemeine Preisbewegung infolge der Goldpreise ziemlich genau übersehen läßt, sollte endlich eine vernünftige Lösung der Indexfrage veranlassen. Haben wir einen Goldindex, so läßt sich an jedem einzelnen Wochentage die zur Bestreitung des Lebensunterhalts notwendige Lohnhöhe errechnen, abgesehen von den Schwankungen, welche die Preise auch in Gold durchmachen. Daß diese nicht gering sind, zeigt eine Uebersicht der wichtigsten Warenpreise an der Berliner Produktenbörse. Hier kosteten:

Preise in Goldmark

	29. Oktober	31. Oktober
1 Tonne märkischer Weizen	155,00—157,00	17—176,25
1 Tonne märkischer Roggen	141,00—142,75	167—168,00
100 Kilogramm Weizenmehl	22,50— 25,00	26— 28,75
100 Kilogramm Roggenmehl	22,50—25,00	26— 28,75

Wie sehr die deutschen Preise dazu neigen, die Weltmarktpreise zu überschreiten, ergibt sich aus der Tatsache, daß an der gestrigen Börse amerikanisches Weizenmehl trotz des langen Transports billiger war als deutsches Roggen- und Weizenmehl. Die Ueberschreitung der Weltmarktpreise am Nahrungsmittelmarkt wird dadurch begünstigt, daß die Konkurrenz der billigeren ausländischen Lebensmittel infolge der Zuteilungen am Devisenmarkt nur in geringem Umfange möglich ist.

Die Teuerung im Großhandel.

Die auf den Stichtag des 30. Oktober berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ergibt bei einem Dollarkurs von 65 Milliarden Mark das **18,7milliardenfache der Vorkriegspreise** und ist gegenüber dem Stande vom 23. Oktober um 27,7 Proz. gestiegen. In der gleichen Zeit hat sich das Goldniveau der Warenpreise (1913 = 100) von 109,5 auf 120,5 oder um 10 Proz. gehoben. Von den Hauptgruppen stiegen gleichzeitig die Lebensmittel (im Großhandel) um 37,2 Proz. auf das 15,7milliardenfache (101,2 Gold), davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln um 27 Proz. auf das 12,4milliardenfache (80 Gold), die Industriestoffe um 17,9 Proz. auf das 24,3milliardenfache (156,6 Gold), davon die Gruppe Kohlen und Eisen um 16 Proz. auf das 24,9milliardenfache (161 Gold), ferner die Einfuhrwaren um 21,6 Proz. auf das 23,6milliardenfache (152,3 Gold) und die Inlandswaren um 29,5 Proz. auf das 17,7milliardenfache (114,1 Gold).

Lebenshaltungskosten und Dollarstand.

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten ist im Verlauf des Oktobers wieder stärker gewesen als die monatsdurchschnittliche Erhöhung des Dollarmittelkurses (in Berlin). Der Lebenshaltungskostenindex der „Industrie- und Handelszeitung" (der mit dem amtlichen Index nicht zu verwechseln ist) stieg von 14,59 Millionen auf den 4,9milliardenfachen Vorkriegsstand, was somit eine monatsdurchschnittliche Steigerung von 33 888 Proz. bedeutet. Damit ist also nicht nur eine volle Angleichung der Haushaltungskosten an den äußeren Kaufkraftverlust der Mark vor sich gegangen, sondern es hat sich darüber hinaus wieder eine weitere Annäherung der Lebenshaltungskosten an ihr Goldniveau vollzogen.

Herabsetzung der Warenpreise in Rußland. Im Zusammenhang mit der großen Spanne zwischen den hohen Preisen für industrielle Erzeugnisse und den niedrigen für landwirtschaftliche Produkte macht sich immer mehr eine Absatzkrise der russischen Industrie bemerkbar, die dazu geführt hat, daß eine Reihe von Syndikaten und Trusts die Preise für ihre Fabrikate herabgesetzt haben. So hat beispielsweise das Textilsyndikat in der letzten Zeit die Preise um ungefähr 10 Proz. herabgesetzt. Da die Absatzkrise anhält, so ist mit weiteren Preissenkungen zu rechnen. Die Absatzkrise wird durch die Schwierigkeiten in der Geldbeschaffung und Krediteinschränkungen seitens der Banken noch mehr verschärft.

Devisenkurse. Unserer gestrigen, infolge Verspätung nur in einem Teil der Auflage enthaltenen Kurstabelle sind noch nachzutragen: 1 finnische Mark 1945 Millionen Geld, 1955 Mill. Brief; 1 japanischer Yen 35 910 Mill. Geld, 36 090 Mill. Brief; 1 brasilianischer Milreis 6534 Mill. Geld, 6616 Mill. Brief; 1 österreichische Krone 1,017 Mill. Geld, 1,023 Mill. Brief; 1 tschechische Krone 2115 Mill. Geld, 2125 Mill. Brief; 1 ungarische Krone 3,930 Mill. Geld, 3,950 Mill. Brief; 1 bulgarische Lewa 673 Mill. Geld, 677 Mill. Brief; 1 jugoslawischer Dinar 860 Mill. Geld, 864 Mill. Brief.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Heimwelt".

Ab heute tägl. nachm. 4½ Uhr Lotte Werkmeister b. Zielka Variété Friedrich- Ecke Leipz. Str. Kabarett

Berlins Finanzpolitik.

Eine 50-Millionen-Goldmarkanleihe.

Es ist noch nicht gar zu lange her, da tobten deutschnationale Skandalblättchen über eine „ungesunde" Finanzwirtschaft in Berlin. Das Toben ist verstummt. Die Tobsüchtigen haben dankbarere Objekte für ihre Anfälle gefunden. Und die Gründe waren auch gar zu fadenscheinig. In Wirklichkeit konnte man bisher nämlich nur einen Vorwurf gegen die Berliner Finanzpolitik erheben, und das ist der, daß sie gar zu gesund war, zu hausbacken, zu ängstlich, zu eng. Mehr bureaukratisch peinlich als politisch weitsichtig. Typ der geruhsamen Provinzialstadt. So etwas legt sich eben nicht so leicht ab....

So kam's, daß wir in der Hauptstadt des immer noch republikanischen Deutschen Reiches auf den heute politisch, wirtschaftlich wichtigsten Gebieten uns mit Maßnahmen vom Schlage Klein-Kleckersdorfs durchstümpern mußten. Ernährungspolitik, Arbeitsbeschaffung, Werkspolitik — überall ein unsicheres Tasten, kein Mut, kein Geld zum großen Wurf, der die Zukunft befaßt, um die Gegenwart zu retten. Wir haben gedrängt, gemahnt — und sind ärgerlich beiseite geschoben worden. Leichtsinn nannte man, was doch Vorsicht im tiefsten Grunde war. Riesengroß die Aufgaben, die die Not uns stellt — aber kein Geld, sie zu lösen — kein Mut, Lasten auf sich zu nehmen. Wursteln statt handeln.

Das glückliche Berlin hatte vor dem Kriege einen Anleihebedarf von etwa 75 Millionen im Jahre. Es nahm Lasten auf sich, um neue kommunale Aufgaben zu lösen, bahnbrechend voranzugehen, im Prunke der Reichshauptstadt zu glänzen. Diese Lasten sind in den Tagen des Unglücks und der Not federleicht, nein, papierleicht geworden. Die Kleinrentner, die Besitzer städtischer „Goldmark"-Anleihen aus der kaiserlichen Zeit wissen, warum. Die Lasten der kaiserlichen Regierung liegen auf ihnen. Und Berlin, das arme Berlin, hat heute eine Schuld von insgesamt vielleicht zwei bis drei Millionen Goldmark. Es ist so reich wie nie. Und es hat jahrelang nicht gewagt, eine neue Anleihe großen Umfanges herauszubringen, wie auch die Aufgaben der Not sich türmten. Wohl einmal ein ängstlicher Anlauf — und dann gleich wieder resignierter Verzicht. Es wirtschaftete sich ja so bequem mit der immer leichter werdenden Papierschuld, die einst eine Goldschuld war. Der kommunale Finanzpolitiker war verwöhnt worden. Und Verwöhnung macht bequem, macht ängstlich.

Nun endlich soll mit dieser Politik der Kurzsichtigkeit, die sie schon immer war, Schluß gemacht werden. Nun endlich hat der Magistrat, hat anscheinend auch die Finanzverwaltung sich zu den Schritten entschlossen, die wir hier seit mehr als Jahresfrist fordern. Die Finanzdeputation hat gestern die Aufnahme einer Anleihe von insgesamt 50 Millionen Goldmark für die dringendsten Arbeiten der Stadtgemeinde beschlossen. Gegenüber den kümmerlichen 5 Millionen, die der Kämmerer noch vor wenigen Wochen anforderte, ein erfreulicher Fortschritt. Hoffentlich kommen die Maßnahmen nun nicht schon zu spät, hoffentlich sinkt vor allem der Mut nicht wieder, wenn die Schwierigkeiten einer großzügigen Finanzpolitik in das Blickfeld treten. Diese Schwierigkeiten müssen eben überwunden werden. Uns peitscht die Not einer zerstörten Wirtschaft, der Hunger Hunderttausender, das Elend von Millionen vorwärts.

50 Millionen Goldmark sind heute natürlich nicht auf dem inländischen Geldmarkte, sind insbesondere nicht ohne dingliche Sicherheit zu haben. Davor aber dürfen wir jetzt nicht zurückschrecken. Wollen wir die Nord-Süd-Bahn fertigbauen, die Werke technisch vervollkommnen, sie in städtischer Regie behalten, so brauchen wir solche großen Summen, für die unsere Werke und Betriebe selbst mit Goldhypotheken haften können und haften müssen. Durch Roggenbriefe nach dem Vorbild der ersten Anleihe im Frühsommer d. J. sind höchstens 500 000 Goldmark hereinzubekommen; damit kommen wir nicht weiter. So muß also der Weg beschritten werden, für die einzelnen Aufgaben, die werbenden Betrieben zugute kommen sollen, auch diese Betriebe mit Sicherheit zu belasten. Nur so werden wir die laufenden Einnahmen der Stadt den wichtigen sozialen und kulturellen Aufgaben zufließen lassen können, während für außergewöhnliche Zwecke auch außergewöhnliche Mittel bereitgestellt werden.

Strenge Sonderung der einzelnen Aufgabengebiete ist das Gebot der Stunde, wenn nicht alle gemeinsam leiden sollen. Darum sind wir auch auf das entschiedenste dagegen, daß im Rahmen der neuen Goldanleihe Kämmereizwecke erfüllt werden, und daß dafür etwa die Güter oder ein anderer städtischer Besitz hypothekarisch belastet würde. Wenn die Scheidung der einzelnen Aufgabengebiete streng aufrechterhalten wird, so wird sich eine weitblickende Finanzpolitik treiben lassen, die der Not unserer Zeit gerecht wird und die Lasten dieser Zeit der Not auf die hungernden Väter und Mütter und die hoffentlich satieren Enkel gleichmäßig verteilt.

Not und Hilfe in Berlin.

Die Wohlfahrtspflege-Kundgebung im Rathaus.

Die große Kundgebung, die gestern im Rathaus veranstaltet wurde, um zu einer umfassenden Hilfsaktion für die Notleidenden aufzurufen, fand eine sehr starke Beteiligung.

Oberbürgermeister Böß, der den Vorsitz hatte, begrüßte die in großer Zahl erschienenen Frauen und Männer aus der öffentlichen und der privaten Wohlfahrtspflege. Bewunderungswürdig sei die Haltung der Großstadtbevölkerung in dieser schweren Zeit allgemeiner und bitterer Not. In Berlin sind über 300 000 Personen ohne Arbeit, aber sehr viel größer ist die Schar derjenigen, die hungern. Die Ueberzeugung, daß hier direkte Hilfe von Mensch zu Mensch geboten ist, müsse Gemeingut unserer Berliner Bürgerschaft werden.

Stadtverordnetenvorsteher Caspari führte aus, die jetzige Not zeige die Unentbehrlichkeit der freien Liebestätigkeit. Für die preußische Staatsregierung erklärte Minister Hirtsiefer, daß sie dem Hilfswerk ihre tatkräftige Unterstützung gewähren werde. Die Vorsitzende der Berliner Wohlfahrtsvereinigung, Frau Wronsky, mahnte die Glücklicheren, die noch die Mittel zu helfen haben, ihre Herzen und Hände zu öffnen.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund war durch Graßmann vertreten. Er wies darauf hin, daß die Gewerkschaften nicht auf Wohltätigkeit, sondern auf Kampf um die Rechte des Arbeiters eingestellt sind. Trotzdem reihen sie sich gern ein in die Schar der Hilfsbereiten, aber sie wissen freilich, daß ihre materielle Kraft nur gering ist, weil die „märchenhaft hohen Löhne" der Arbeiter wirklich nur ein Märchen sind. Redner erinnerte an Savonarola, der gegen den Luxus eiferte, und rief den noch in Wohlstand lebenden Bevölkerungsschichten zu, von ihrem Ueberfluß an die Notleidenden abzugeben. Einen Einblick in die Not der Anstalten freier Liebestätigkeit gab Lizentiat Ulrich. In allen diesen Anstalten mit ihren Kranken und Siechen und Hilflosen herrscht furchtbarste Not. Unter lebhafter Zustimmung richtete er an die Landbevölkerung die Mahnung, ihre Vorräte an Getreide und Kartoffeln herauszugeben.

Stadträtin Weyl schilderte die Bedrängnis, die für Jugendpflege und Jugendfürsorge aus der allgemeinen Not entstanden ist. Berlin hat für 12 000 Waisenkinder zu sorgen, und jedes Kind kostet täglich 12 Milliarden Mark. Im Waisenhaus der Stadt fehlt es an Betten, so daß oft zwei und drei Kinder in einem Bett liegen. Die Rednerin gedachte der Hilfe, die vom Ausland gekommen ist. Aber jeder Groschen, den die eigenen Volksgenossen opfern, sei doppelt wertvoll. Prof. Dr. v. Harnack rief alle Hilfsbereiten auf, sich zu einer großen Notgemeinschaft zusammenzuschließen.

Die eindrucksvolle Kundgebung endete mit Annahme folgender Entschließung:

„Die Versammelten richten angesichts der täglich wachsenden Not, die weite Kreise der Berliner Bevölkerung ergriffen hat, an alle Hilfsfähigen und Hilfsbereiten die dringende Bitte, sich an der gemeinsamen Arbeit zur Linderung der Leiden unserer Brüder und Schwestern mit den Mitteln und den Kräften zu beteiligen, die ein jeder in den Dienst der Sache stellen kann. Keine neue Sammlung, keine neue Organisation ist erforderlich. Jeder stelle seine Kräfte den vorhandenen Wohlfahrtseinrichtungen zur Verfügung, steuere zu den laufenden Sammlungen bei. Jede Gabe, jeder, auch der kleinste Hilfsdienst trägt zur Erleichterung der Notlage eines Schwerbedrängten bei. Darum meldet euch zur Mitarbeit bei einer der euch zunächst liegenden Stellen, die gleichzeitig auch Annahmestellen für Geld, Kohlen, Lebensmittel, Kleidung usw. sind: Zentralwohlfahrtsamt und Jugendamt der Stadt Berlin, Poststr. 16, Bezirks-Wohlfahrts- und Jugendämter der 20 Verwaltungsbezirke, Berliner Wohlfahrtsvereinigung, Flottwellstr. 4, die auch die Weiterleitung an die anderen freien Organisationen übernimmt, Notdienst der Berliner Frauen, Charlottenburg, Goethestr. 22; außerdem für Geldspenden: Berliner Kohlenhilfe, Postscheckkonto 34, Berliner Volksspeisung, alle städtischen Kassen Konto: „Volksspeisung"; Sammelstelle der Presse, Bankhaus Mendelssohn u. Co., Jägerstr. 49, Konto Berliner Wohlfahrtsvereinigung."

Einschränkungen im Personenverkehr.

Die Verschärfung der allgemeinen Wirtschaftslage und die Pflicht zu äußerster Sparsamkeit zwingt die Reichsbahn, alsbald einschneidende Einschränkungen im Personenzugverkehr vorzunehmen. Die vom Reichsverkehrsminister bereits angekündigten Maßnahmen werden nach einem bereits festgelegten Plan, der auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse abgestimmt worden ist, vom Montag, den 12. November, ab durchgeführt werden. Etwa ein Fünftel der Züge des Fahrplans vom 1. Oktober d. J. fallen dann fort. An diese vorläufigen Einschränkungsmaßnahmen werden sich sofort die Vorarbeiten für den organischen Aufbau eines neuen, auf schmalerer Grundlage aufzubauenden Fahrplans anschließen, der weitere Einschränkungen bringen wird. Dann werden die Fahrpläne der einzelnen Strecken unter möglichster Schonung der allgemeinen Verkehrsinteressen nacheinander so schnell wie möglich durchgearbeitet werden, um weitere Ersparnisse zu erzielen. Die Reichsbahndirektionen werden dabei, soweit dies angezeigt erscheint, mit den Verkehrskreisen in Verbindung treten. Der neue Fahrplan wird alsdann schrittweise durchgeführt. Die Aenderungen sollen allmonatlich in Kraft gesetzt werden, damit der Neuaufbau des Fahrplans binnen weniger Monate beendet ist.

Bestohlene Botschaften.

Einbrecher bei Türken und Afghanen.

Ein verhältnismäßig harmloser Diebstahl in der türkischen Botschaft fand jetzt seine gerichtliche Sühne. Zu gleicher Zeit wird aber ein umfangreicher Diebstahl bei der Afghanischen Gesandtschaft gemeldet, bei dem vor allem kostbares Silberzeug entwendet wurde.

Unter der Anklage des Diebstahls in zwei Fällen hatte sich der türkische Staatsangehörige Vulend Bay Fail, ein junger Mann von 21 Jahren, vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zu verantworten. Der aus der Haft vorgeführte Angeklagte ist der Sohn eines ehemaligen Kultusministers unter Sultan Abdul Hamid. Der Angeklagte hatte in Berlin bis zum Jahre 1919 die Oberrealschule besucht und war nach kurzem Aufenthalt in der Türkei nach Berlin zurückgekehrt. Hier suchte er sich durch Handelsgeschäfte aller Art durchzuschlagen, hatte aber fortgesetzt mit Not zu kämpfen, so daß er zeitweise ohne Obdach war und dank seiner Beziehungen mehrfach in der Botschaft übernachtete. Nach türkischer Manier rollte er sich in einen Teppich ein und legte sich so auf den Fußboden. Im Mai dieses Jahres hatte er eines Morgens sein „Bett" mitgenommen und den Teppich für 20 000 M. verkauft. Im September hatte er wieder bei der Botschaft zu tun, da er sich seinen Paß erneuern lassen wollte. Nach dem Weggang des jungen Mannes bemerkte der Botschaftssekretär Hakki, daß sein neuer Paletot verschwunden war. Auf Grund des Vorganges mit dem Teppich lenkte sich sofort der Verdacht auf den Angeklagten, und es wurde gegen ihn Strafanzeige erstattet. Der Angeklagte bestritt den Paletotdiebstahl und erklärte, daß er die Absicht gehabt habe, den Schaden für den entwendeten Teppich wieder gut zu machen, sobald die erwarteten Gelder aus der Türkei eingetroffen seien. Das Gericht sprach den Angklagten wegen des Paletotdiebstahls frei und erkannte wegen Entwendung des Teppichs auf 50 Milliarden Mark Geldstrafe, wobei 40 Milliarden auf die Untersuchungshaft als abgegolten angerechnet wurden. Der Haftbefehl wurde aufgehoben.

Für viele Billionen Silberzeug erbeuteten Einbrecher in der Nacht zum Donnerstag in der Afghanischen Gesandtschaft, der großen Villa an der Ecke der Lessing- und Klopstockstraße. Zunächst besuchten die Einbrecher die hochgelegenen Kellerräume, aus denen sie aus den Schränken fast neue Wäsche sowie kostbares seidenes Unterzeug stahlen. Im Empfangszimmer, im Salon und im Speisezimmer stahlen sie das gesamte Tafelsilber für 24 Personen, das aus russischen Werkstätten stammt und den russischen Stempel trägt. Hierzu gehört namentlich ein kostbarer Samowar. Dieses viele Pfund schwere Silberstück hat außer dem künstlerischen schon allein einen hohen Metallwert. Der Gesamtwert der Beute ließ sich noch nicht abschätzen. Die Einbrecher sind wahrscheinlich beim Zusammenpacken irgendwie gestört worden. Denn sie haben einige Sachen auf dem Fußboden zerstreut liegen lassen. Zurückgelassen haben sie auch einen Spazierstock aus rotem Malagarohr und ein Messer. Für die Ergreifung der Täter und die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes setzt die Gesandtschaft eine hohe wertbeständige Belohnung aus. Kriminalkommissar Trettin nimmt Mitteilungen zur Aufklärung, die vertraulich behandelt werden, im Zimmer 103 des Polizeipräsidiums entgegen.

Copyright Georg Müller, München.

Die Lofotfischer.

18]

Roman von Johan Bojer.

„Meerleuchten" fuhr mit grünlichem Schaum vorm Bug dahin, und die Brandung an Holmen und Klippen wurde zu grünen Flammen im Dunkeln. Im Osten waren die Berge jetzt eine schwarze Wand, gegen die lärmend die See heranprallte, und im Westen tönte das schwere Rauschen der Wellen immer weiter in die Nacht hinaus. Sie segelten immer noch, sie mußten nach Norden, nach Norden.

Dann bogen sie um eine Landspitze, und da liegen Häuser in einer Bucht, ein Licht neben dem anderen am Fuße der Bergwand, und im Hafen gelbe Laternen von Schiffen und Booten, die für die Nacht hier vor Anker gegangen waren.

Die Segel herunter, den Anker über Bord, den Kaffeekessel in der Kambüse aufs Feuer. Es war nur knapp Platz für sechs Männer auf den Felldecken, obwohl sie die Oelmäntel ausgezogen hatten, aber Brot und Butter und heißer Kaffee taten gut; gekochtes Essen konnte es nur geben, wenn sich gerade einmal eine Gelegenheit bot.

„Du bist ja ein ganz verteufelter Seemann, Arnt," sagte Kaneles, und obwohl die kleine Lampe, die schaukelnd von der Decke herabhing, nur matt leuchtete, konnten doch alle sehen, daß Arnt Aasan einen ganz roten Kopf kriegte.

Lars lachte, Elezeus grinste, Kristaver lächelte, während er sein Brot mit Butter bestrich und mit dem Dolchmesser Scheiben abschnitt. Es war nicht leicht, in Arnts Haut zu stecken, er wünschte schon längst nur das eine: wieder zu Hause zu sein.

Da sagte Henrik Rabben, während er das Gesicht mit dem langen, schönen Bart ihm zuwendete: „Nimm es mit Ruhe, Arnt. Es ist noch kein Meister vom Himmel gefallen."

Das war ein Trost, und Arnt konnte ihn brauchen.

Es waren Kramläden mit Ausschank an Land, und man hörte schon die Leute, die des Guten zuviel getan hatten, lärmen und schreien. Kaneles wollte auch dorthin, aber Kristaver schlug es ihm ab. Er holte aus dem Stroh der Pritsche eine Flasche hervor und schenkte jedem zum Essen einen Schnaps ein, dann aber sagte er, es sei Zeit zum Schlafengehen.

Draußen aber ruderte eine Jolle dicht an ihnen vorbei und sie hörten an der Sprache, daß es Jakob war. Er mußte natürlich an Land, wenn Aussicht auf eine Schlägerei war.

Sie zogen die nassen Wasserstiefel aus, löschten die Lampe und krochen in den Kleidern unter die Felldecken. Sechs Mann in einer Reihe; Lars, der Kleinste, mußte den Platz dicht am Hintersteven nehmen.

Nun lag er hier zum erstenmal auf der Lofotfahrt und sollte eine Winternacht in einer undichten Kambüse schlafen, in der Wind und Kälte von allen Seiten eindrangen. Er dachte nach, ob er sich heute wohl als tüchtiger Seemann benommen habe. Seine neuen Fausthandschuhe waren im Lauf des Tages sehr naß geworden, und jetzt legte er sie unter sich, um sie für den nächsten Tag soweit wie möglich aufzuwärmen.

Und bald schnarchten die müden Fischer um die Wette mit dem Pfeifen im Takelwerk und dem tiefen Orgelton vom Meere her. Vielleicht fühlten sie im Schlaf, daß Gesicht und Hände aufschwollen nach der langen Arbeit in Kälte und Seewind, aber sie schliefen, eingewiegt von den Wellen, die unausgesetzt gegen das Boot schlugen.

Und vielleicht fühlten sie eine Sehnsucht in Sinn und Körper, — sie waren unterwegs, sie wollten weiter, sie wollten hoch hinauf in den Norden, eine unendliche Menge von Meilen nordwärts.

An Land aber lärmten betrunkene Fischer, die sich mit den Matrosen der großen Fahrzeuge im Hafen prügelten, und dann und wann taumelte eine Jolle über das Wasser, mit johlenden Leuten an Bord.

7.

Man kann schlafen und doch nachdenken. Ein Schlafwandler findet seinen Weg, wo der Wache nicht weiterkommen würde. Kristaver Myran schlief, aber er arbeitete mit der „Robbe". Es war, als sei das Boot den ganzen Tag verdrossen gewesen, es wollte keinen guten Willen zeigen. Gekentert war es drei Winter hintereinander, und heute begann es gut, indem es nicht mitwollte. Kristaver schlief, aber er suchte und suchte, um herauszufinden, was eigentlich mit dem Boot los sei.

Mitten in der Nacht fuhr er auf. Er lag neben der Tür, und jetzt schwang er die Beine von der Pritsche und kroch hinaus. Sturm und Schnee schlugen ihm in das Gesicht, aber er tastete sich nach dem Mast hinüber, schob das Segel beiseite, hob die Plane vom Schiffsraum und stand einen Augenblick grübelnd da. Er war nicht wach genug, um zu wissen, was er tat, aber er packte mit der Faust eine Tonne Salz und schob sie etliche Armlängen weiter nach hinten. Eine schwere Kiste und ein Sack Mehl nahmen den gleichen Weg. Dann breitete er die Plane wieder darüber und begab sich nach hinten in die Kambüse. Er war naß vom Schnee und vom Sturm durchgeweht, so daß er unter der Felldecke zitterte, aber er schlief ein. Diesmal dachte er nicht im Schlaf. Der Schwerpunkt im Schiffsraum war weiter nach hinten gerückt, so war es für das Boot besser, das fühlte Kristaver, und deshalb schlief er fest und traumlos.

Henrik Rabben war stets der erste auf den Beinen, denn er mußte Zeit haben, sich zu waschen, Nase und Mund mit Seewasser zu spülen und sich Haar und Bart zu kämmen. Er sagte nicht, daß andere es auch tun sollten, er tat es nur selber gern.

Lange vor Tagesanbruch steuerten die vielen Segel aus dem Hafen hinaus und wieder nordwärts. Es war ein dichtes Schneegestöber, so daß sie nur einige Bootslängen weit sehen konnten, aber sie segelten mit gutem Winde, und Kaneles hielt Auslug. Segel und Takelwerk wurden schwer von Schnee, das Boot mußte dann und wann reingefegt werden, die Männer bekamen selber einen weißen Bart und weißes Haar, und standen sie nur einen Augenblick still, so sahen sie ganz und gar wie Schneemänner aus. Aber sie fuhren dahin, und Schären, Holme und Klippen flogen im Schneegestöber vorüber.

Eine wirkliche Fahrt wurde es ja erst, als sie wieder in die offene See kamen und auf Folla zufuhren, und jetzt sahen alle auf der „Robbe" sich verwundert an.

Das Boot schien heute besser gestimmt zu sein. Es ritt leichter auf den Wellen, es schoß dahin, als sei ihm eine Last abgenommen. Aber als sie nun „Meerleuchten" und „Meerblume" einholten und schließlich gleichmäßig und sicher an ihnen vorbeifuhren, da sprang Kaneles vor Freude auf dem Vorderschiff umher, klatschte in die Hände und sang.

Und am Steuer stand der Bootsführer, mit helleren Augen als gestern, aber noch immer war irgend etwas an dem Boote nicht wie es sein sollte, er fühlte an Rumpf und Takelage, es war ein Fehler, den er finden und beseitigen mußte.

So segeln sie einen Tag nach dem andern, bei gutem Wind, bei halbem Wind, bei Gegenwind, so daß sie kreuzen oder gar hinter einer Landspitze liegen bleiben und warten müssen. Es geht durch Sunde und über freies Meer, einen Tag im Schneegestöber, den nächsten bei klarem Wetter. Kalt war es immer, und das erste, was Lars und Arnt lernen mußten, war, Stunde für Stunde in dem kleinen Raum im Boot stillzustehen und zu frieren. Man bekommt Schnee in das Gesicht und Wasserspritzer über den Rücken, die Füße erstarren, auch wenn man sie bewegt, aber bei gleichmäßigem Winde ist weiter nichts zu tun, als die Seemannsbeine einzustemmen, zu frieren und abzuwarten.

(Fortsetzung folgt.)

Die „Reichshilfe".

Eine Organisation zur Linderung der Nahrungsnot.

Zur Linderung der Nahrungsnot des deutschen Volkes ist die Organisation „Reichshilfe" gebildet worden, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, durch fahrbare und ortsfeste Küchen die Ernährung der Notleidenden sicherzustellen. Die Organisation erläßt folgenden Aufruf, der an erster Stelle von der Genossin Ebert unterzeichnet ist:

„Das deutsche Volk hungert! Tausende unserer Brüder und Schwestern sind nicht mehr in der Lage, sich selbst zu ernähren. Darum, Frauen und Männer Deutschlands, rufen wir euch in letzter Stunde zur Mitarbeit auf: Helft in dieser Not! Es gilt jetzt, Hunger und Elend zu beseitigen, um das deutsche Volk vor Verzweiflungsschritten zu bewahren, durch die die Reichseinheit zerstört und Deutschland in den Zustand der Kleinstaaterei zurückgedrängt würde.

Der Kampf gegen Hunger und Not ist Menschenpflicht, ist aber auch Pflicht gegen das Vaterland zur Erhaltung des Staates. Dieser Aufgabe will sich in vollem Umfange die Organisation „Reichshilfe" widmen. Ihr Hauptsitz und die Geschäftsstelle befinden sich in Magdeburg, Scholistr. 1b, und in Berlin, Kurfürstendamm 181. Die „Reichshilfe", gebildet von Männern und Frauen aller Stände, ohne Rücksicht auf politische Parteieinstellung, will durch fahrbare und fest stationierte Küchen helfen, die Ernährung der notleidenden Kreise des deutschen Vaterlandes sicherzustellen. Verbände wie Einzelpersonen, stellt eure Arbeitskraft der „Reichshilfe" zur Verfügung. Frauen und Männer, gebt eure Spenden an Geld und Lebensmitteln an die Sammelstellen. Geldspenden nimmt jede Bank unter „Konto Reichshilfe" entgegen. Sammelstellen für Lebensmittel werden an den einzelnen Orten bekanntgegeben."

Alle deutschen Banken werden gebeten, Geldbeiträge für die „Reichshilfe" anzunehmen und sofort wertbeständig anzulegen. Verfügungsberechtigt ist die Reichstagsabgeordnete Frau Katharina v. Oheimb, Berlin W., Kurfürstendamm 181, an die die Banken Mitteilungen über die eingegangenen Beträge richten wollen.

Vorzeitige Steuerzahlungen. Einzelne Steuerpflichtige haben zum 25. August 1923 gleichzeitig mit der ersten Rate der Rhein-Ruhr-Abgabe eine Zahlung auf die am 5. Oktober 1923 fällig gewesene zweite Rate der Rhein-Ruhr-Abgabe geleistet. Es sind Zweifel darüber entstanden, ob eine solche vorzeitig geleistete Zahlung nur zu ihrem Papiermarkbetrag oder in Höhe ihres Goldwertes auf die zweite Rate der Rhein-Ruhr-Abgabe abzurechnen ist. Diese Frage ist im letzten Sinne zu beantworten. Nach den zweiten Durchführungsbestimmungen zur Aufwertungsverordnung, die der Reichsminister der Finanzen am 27. Oktober 1923 erlassen hat (veröffentlicht in Nr. 100 des Reichsgesetzblatts, Teil I) werden Steuerzahlungen, die früher als eine Woche vor Entstehung der Steuerschuld geleistet werden, in Höhe ihres Goldwertes auf die Steuerschuld angerechnet.

Angebliche Finanzbeamte haben in letzter Zeit in Berlin wiederholt versucht, Durchsuchungen von Wohnungen vorzunehmen. Es ist glücklicherweise gelungen, die angeblichen Beamten zu entlarven und ihre Festnahme zu bewirken. Das Publikum wird darauf aufmerksam gemacht, daß die mit Durchsuchungen oder Ermittelungen Beauftragten der Finanzämter sich im Besitze ordnungsmäßiger, mit Lichtbild versehener Ausweise befinden. Es ist daher dringend geboten, sich den Ausweis vorlegen zu lassen.

Der Heiratsschwindler Langrock. Durch die Zeitungen geht eine Notiz über den Heiratsschwindler Franz Langrock. Wir werden von einem Herrn desselben Zu- und Vornamens, der sich in Breslau in halbamtlicher Stellung befindet und im Verdrängungsschädenverfahren tätig ist, gebeten, festzustellen, daß er mit dem gesuchten Franz Langrock nicht übereinstimmt.

Die Dollarkohle. Nach dem amtlichen Dollarstand vom 31. Oktober stellen sich die Brikett- und Kokspreise ab 1. November in Millionen Mark wie folgt: Küchen- und Ofenbrand ab Lager (Briketts) 28 170, frei Keller 30 250; Gaskoks ab Lager 49 850, frei Keller 51 320; bei fuhrenweiser Lieferung Briketts ab Lager 28 970, frei Keller 30 060 und Gaskoks ab Lager 49 850, frei Keller 51 130.

Erhöhung der Werktarife. Die Direktionen der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke teilen mit, daß der neue Gaspreis für den 1. November 3,2 Milliarden, der Wasserpreis 3,2 Milliarden, der Strompreis 6,4 Milliarden beträgt. Beim gleichbleibenden Kurse bleiben die Preise weiter in Kraft.

Neue Milchpreise. Ab 1. November sind die Preise für Vollmilch 3800 Millionen M. je Liter, für Magermilch 1600 Millionen M. je Liter. Die A-Milchkarten werden mit 3/4 Liter, die B-Milchkarten sowie die Karten für werdende Mütter (C-Karten) mit je 1/2 Liter Vollmilch beliefert.

Die Einäscherungsgebühr beträgt vom 3. November ab 350 Milliarden Mark.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Heute, pünktlich 6 Uhr abends, Sitzung des kleinen Bildungsausschusses. — Sonntag, den 4. Nov., pünktlich 3 Uhr nachmittags, im Neuen Theater am Zoo „Fuhrmann Henschel", Schauspiel von Gerhart Hauptmann, in erstklassiger Besetzung. Der Zuschlag beträgt pro Karte 33 Goldpfennige = 5 Milliarden Papiermark. Karten sind noch zu haben bei den Obleuten der Bildungsausschüsse, den Abteilungsleitern und im Bureau des Bildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof II, Zimmer 8. — Nächste Feierstunde am Sonntag, den 11. Nov., vorm. 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus, Karlstraße, „Moloch", ein Chorwerk von Bruno Schönlank. Karten zum Grundpreise von 200 Millionen pro Stück sind noch zu haben im Bureau des Bildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof II, Zimmer 8, sowie bei den Obleuten der Bildungsausschüsse und den Abteilungsleitern. — Sonnabend, den 3. Nov., pünktlich abends 6 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 3, Konferenz aller Groß-Berliner Jugendausschüsse. Vortrag des Genossen Prof. Kestenberg über „Neue Wege proletarischer Kunst". Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen wird gebeten. — 4. Kreis (Prenzlauer Berg). Am 9. November, abends 7 Uhr, im Saalbau Friedrichshain, Revolutionsfeier. Mitwirkende: Männerchor „Namenlos", Chordirigent Herr Thilo, Sprechchor für Proletarische Feierstunden unter Leitung von Albert Florath, Orgelspiel und Festrede. Eintrittskarten zum Grundpreise von 12 Millionen Mark sind zu haben bei den Funktionären.

Sprechchor für Proletarische Feierstunden. Heute abend, 7½ Uhr, im Gesangssaal der Sophienschule, Weinmeisterstr. 16/17, Uebungsstunde. Probe zu „Großstadt" für die Revolutionsfeier.

Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden — Deutsche Friedensgesellschaft. Ortsgruppe Berlin, rufen zur Beteiligung an der republikanischen Kundgebung am Donnerstag, 1. November, abends 8 Uhr, im großen Saale der Handwerkskammer, Teltower Straße, auf.

Jubiläen. Am heutigen Tage begeht unser rühriger Parteigenosse Knoblauch sein 25jähriges Ehejubiläum. Der Jubilar stand in früheren Jahren der Schöneberger Parteiorganisation vor und ist seit langem Mitglied des Bezirksbildungsausschusses. — Am 3. November begeht Herr Ernst Sengspiehl in treuer Pflichterfüllung sein 25jähriges Jubiläum als Schriftsetzer bei der Buchdruckerei Alfred Unger, Spandauer Str. 22.

Goldumrechnungssätze

1 amerikanischer Dollar (Mittelkurs)	. 72,5 Milliard.	
1 Dollar Goldanleihe	72,5	"
Notgeldscheine 1/4 Dollar 18,125, 1/10 Dollar 7,25 Milliarden		
1 Goldmark nach Dollarkurs	17,25	"
1 Goldmark i. Lebensmitteleinzelhandel	17,3	"
1 Steuergoldmark	17	"

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Die Pressekommission des „Vorwärts" hat sich in ihrer letzten Sitzung neu konstituiert. Es wurden gewählt: zum 1. Vorsitzenden Gen. Otto Meier, Berlin NW. 21, Stromstr. 42, zum 2. Vorsitzenden Gen. Emil Dittmer, zum Schriftführer Gen. Johannes Hiege. Zuschriften sind an die Adresse des 1. Vorsitzenden zu richten.

* * *

9. **Kreis Wilmersdorf.** Die Vortragsreihe „Moderne Probleme des Sozialismus" beginnt am Donnerstag, den 1. November, pünktlich 7½ Uhr, in der Oberrealschule, am Seepark, Erdgeschoß, Zimmer 1. Hörerkarten sind zu haben am Eingang des Vortragsraumes. — Donnerstag, den 1. November, 7 Uhr, wichtige Besprechung der Obleute des Ordnerdienstes in der Wohnung des Genossen Rostig, Pfalzburger Str. 22, Hof links 1 Tr. Alle Abteilungen müssen vertreten sein. — Freitag, den 2. November, 7½ Uhr, Kreismitgliederversammlung im Viktoriagarten, Wilhelmsaue 114—115. Tagesordnung: 1. „Die politische Lage." 2. Rechenschaftsbericht des Kreisvorstandes. Erscheinen Pflicht, da wichtige Tagesordnung.

19. **Kreis Pankow.** Heute pünktlich 7½ Uhr in der Schulaula Görschstr. 42—44, „Meister des Gesanges". Mitwirkende: Herr Dr. Zoll und Frau Gertrud Wolf. Karten sind noch zu haben am Eingang des Saales.

Werbeausschuß der Post- und Telegraphenbeamten. Die für Freitag angesetzte Versammlung findet wegen des Bezirksbeamtentages nicht statt.

3. **Kreis Wedding.** Freitag, den 2. November, 7 Uhr, Sitzung des Wohlfahrtsausschusses. — **Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde:** Freitag, den 2. November, 7½ Uhr, Helfersitzung im Ledigenheim, Schönstedtstr. 1.

6. **Kreis Kreuzberg.** Freitag, den 2. November, 7 Uhr, erweiterte Kreisvorstandssitzung bei Helm, Urbanstr. 29.

11. **Kreis Schöneberg.** Freitag, den 2. November, pünktlich 7½ Uhr, Kreisfunktionärkonferenz bei Will, Martin-Luther-Str. 69. Referent Genosse Bernstein, M. d. R. Erscheinen sämtlicher Kreisfunktionäre Pflicht.

Heute, Donnerstag, den 1. November:

Jungsozialisten. Gruppe Carlow: 7½ Uhr im Jugendheim Diskussionsabend: „Robert Owen und Henry Ford".

Morgen, Freitag, den 2. November:

40. **Abt.** ½8 Uhr bei Kaufner, Hagelberger Str. 20a, Beamtenversammlung. Thema: „Aktuelle Beamtenfragen". Referent Genosse Brinitzer.

78. **Abt. Schöneberg.** Die anberaumte Vorstandssitzung fällt aus. Alle Parteifunktionäre und Betriebsvertrauensleute nehmen an der Kreisfunktionärversammlung teil.

85. **Abt. Tempelhof.** 7½ Uhr Mitgliederversammlung im Genossenschaftswirtshaus, Dorfstr. 51. Thema: „Die Katastrophe der Mark". Referent Genosse Dr. Mierendorf.

93. **Abt. Neukölln.** 7 Uhr im Lokal Ruppelt, Kaiser-Friedrich-Str. 171. Funktionärkonferenz. Tagesordnung wird dort bekanntgegeben. Erscheinen Pflicht.

Jungsozialisten. Gruppe Schöneberg: ½8 Uhr im Kinderhort, Feurigstr. 35. Fortsetzung der Vortragsreihe über das Altertum Aegyptens. Referent G. Bothur.

Jugendveranstaltungen.

Mitgliederversammlungen am Donnerstag, den 1. November, abends 7½ Uhr:

Gesundbrunnen: Schule Gothenburger Str. 2. — **Marienfelde:** Lokal Häseloff, Berliner Str. 114. — **Neukölln I:** Jugendheim Münchener Str. 32. — **Osten (Stralauer Viertel):** Schule Koppenstr. 3. — **Senefelder-Viertel:** Badeanstalt Oderberger Str. 57. — **Spandau:** Jugendheim Neuendorfer Str. 37. — **Südwesten:** Jugendheim Lindenstr. 3. — **Wedding:** Ledigenheim Schönstedtstraße 1, Diskussion: „Warum bin ich in der SAJ?"

*

Werbebezirk Prenzlauer Berg. Erwerbslose kommen am Donnerstag, den 1. November, morgens 9 Uhr, beim Genossen Hummel, Sophienstr. 5, zusammen.

Arbeitersport.

Touristenverein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Berlin, Abt. Mitte. Donnerstag, den 1. November, 7½ Uhr, im Heim, Zimmer 5, Große Frankfurter Str. 17, Monatsversammlung. Erscheinen aller Mitglieder Pflicht.

Wetter bis Freitag mittag. Trocken und vielfach heiter, nur vorübergehend bewölkt, Tagestemperaturen etwas niedriger. In der Nacht zum Freitag sehr kühl.

Theater, Lichtspiele usw.

Theater i. d. Königgrätzer Str. 8 Uhr: Schweiger
Komödienhaus 8 Uhr: Mein Vetter Eduard
Berliner Theater 7.30: Dolly
Th. im Admiralspalast Tägl. 7½ Uhr Drunter und drüber
Deutsch. Opernhaus 7½ U.: Carmen (Aktionärk. ungült.)
Große Volksoper im Theat. d. Westens 6½ Uhr: Walküre
Intimes Theater 8 Uhr: Abendbesuch Die k. u. k. Hose etc.
Metropol-Theater 7½: Casinogirls
Neues Theat. a. Zoo 7½ Uhr: Die Luxusfrau
Thalia-Theater 7½: Scheidungsreise
Theater i. d. Kommandantenstr. Täglich 7½ Uhr: Charlie
Wallner-Theater 8 Uhr: Causa Kaiser
Komische Oper Allabendlich 7½: Die größte Revue des Kontinents: Die Welt ohne Schleier
Apollo-Theater 7½ Allabendl. 7½: Die große Revue Europa spricht davon!
Rose-Theater 7½ Uhr: Im weißen Rößl
Wintergarten Varieté-Programm Rauchen gestattet!
Volksbühne Donn., Freitag 7½ Die lustigen Weiber von Windsor
Lessing-Th. 7½ Uhr: Rausch Freitag 7 U.: Faust.
Deut. Künstler-Th. Allabendlich 7½: TYBBKE (Max Adalbert)

Etablissement Café Zielka
Friedrichstr. 60 Ecke Leipzig Str.
Varieté! Kabarett!
im Konzertsaal u. Margaretensaal Täglich 7¾ Uhr:

Lotte Werkmeister
Lisa Weise
Curt Vespermann
Janos u. Olivia
Anna Müller-Lincke
Leni Bewitz u. Ines Mesina
Lotte Sieber u. Walter Nojawski
Sonja Blancardi
Eretta u. Cresto
2 Kapellen: J. Birnbaum u. H. Hoffmann

Täglich 4¼ Uhr Nachmittags-Vorstellungen
Lotte Werkmeister
Lisa Weise
Janos u. Olivia
Anna Müller-Lincke
Lotte Sieber und Walter Nojawski

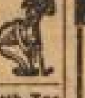
SCALA 8 Uhr: Internat. Varieté

Walhalla-Theater
Weinbergsweg 19-20
Einlaß 7 Uhr Anfang 7½ Uhr
Das große Welt-Varieté
Weltberühmte Sensationen, übertrifft jede Varieté-Bühne
Ab Donnerstag, 1. November:
Erstes Auftreten in Deutschland
8 indische Fakire
und 9 große internat. Attraktionen.
Volkstümliche Preise
Jed. Freitag Programmwechsel

Rennen zu Karlshorst
(Strausberger Rennverein)
Donnerstag, 1. Novbr.
vormittags 10½ Uhr

Casino-Theater
8 U.: Der Ehemann ohne Frau!
Vorher bunter Teil

Reichshallen-Th.
Tägl. 7½ U. u. Sonnt. 3 U.
Stettiner Sänger



Th. a. Kottb. Tor
Täglich 7½ Uhr u. Sonntag nachmittag 3 Uhr:
ELITE-Sänger
u. a. Esmeralda d. Tänzerin

Frauenhaar
kauft jeden Posten
W. Nelke
Belle-Alliance-Str. 95

Grammophonplatt. Hartgummi
kauft
W. Nelke
Belle-Alliance-Straße 95

Krause-Pianos zur Miete
Ansbacher Str. 1, Ecke Kurfürstenstraße

Alte Gebisse
pro Zahn 5 bis 100 Milliarden. Gold-, Dublee-, Silberbruch kauft
Zahn-Ankauf B. Zymolski, Weißenburger Str. 32

Verein Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer

Der Beitrag beträgt für die Woche vom 4. bis 11. November 1923 für Vollmitglieder 16 Milliarden Mark, für Mitglieder, die nicht der Invalidenkasse angehören, 15 Milliarden Mark, für Gewerkschaftsmitglieder 12 Milliarden Mark, für Invalidenkassenmitglieder (§ 6a der Satzungen) 4 Milliarden Mark, für Kurzarbeiter 12 Milliarden Mark, für die Lehrlingsabteilung 160 Millionen Mark. — Vollarbeiter zahlen außerdem einen Extrabeitrag von 4 Milliarden Mark. — Der Kurzarbeiter-Beitrag für die Woche vom 28. Oktober bis 3. November beträgt 1800 Millionen Mark. Die Veröffentlichung in den „Mitteilungen" ist unrichtig. Der Vorstand.

UNITED STATES LINES
Amerikanische Regierungsdampfer
NACH NEW YORK
von Southampton — Cherbourg
LEVIATHAN
20. November, 15. Dezember
Von BREMEN über Southampton und Cherbourg nach NEW YORK
GEORGE WASHINGTON
27. November, 29. Dezember
President Roosevelt 7. Novemb. 12. Dezemb.
President Harding 14. Novemb. 16. Januar
President Fillmore 21. November
America . . . . 5. Dezemb. 9. Januar
President Arthur . . 22. Dezember
Abfahrt von Southampton und Cherbourg 1 Tag später
Alles Nähere durch untenstehende Adressen
Vorteilhafte Gelegenheit für Güterbeförderung
UNITED STATES LINES
BERLIN:
W 8, Unter den Linden 1 | NW 40, Invalidenstr. 93
W 9, Budapester Straße 5 | W 8, Unter den Linden 22
General-Vertretung: Norddeutscher Lloyd, Bremen

Wohnungstausch in u. nach Berlin sowie von Berlin nach auswärts
am schnellsten durch eine Anzeige im
Groß-Berliner Wohnungsanzeiger
als einzige Spezialzeitung für möblierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen
Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten" werden Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht.
Verbund. mit d. „Gr.-Berliner Wohnungsanzeiger" ist der
Anzeiger für Grundstücks- und Geschäftsverkäufe
Bei allen Zeitungshändlern und Kiosken zu haben.
Verlag und Hauptanzeigenannahme:
Zeitungszentrale (Z.Z.) Aktiengesellschaft
Jerusalemer Str. 5/6 :: Fernsprecher: Dönhoff 3310-3312

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Rohrleger, Helfer und Bauklempner.
Freitag, den 2. Nov., abends 7 Uhr,
Versammlung
in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee. Vertrauensmänner eine Stunde früher.

Bau-, Geldschrank- und Möbelschlosser.
Freitag, den 2. Nov., nachm. 5 Uhr, im Verbandshaus (Arbeitslosensaal), Linienstraße 83/85.
Funktionärkonferenz.

Achtung! Bauanschläger Achtung!
Freitag, d. 2. Nov., abends 6½ Uhr, im Verbandshaus (Jugendzimmer), Linienstraße 83/85.
Branchenversammlung
Die Ortsverwaltung.

Allg. Ortskrankenkasse f. Berlin-Steglitz
Bekanntmachung.
Auf Grund der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 27. September 1923 hat der Vorstand beschlossen, mit Wirkung vom 29. Oktober d. J. ab 10 Prozent des Gesamtverdienstes (Barlohn und Sachbezüge) der Arbeitnehmer der gewerblichen Betriebe als Beitrag zu erheben. Für Arbeitgeber von Hausangestellten, Aufwärterinnen und Portiers sowie für freiwillige Mitglieder bleibt das bisherige System der Lohnstufeneinteilung bestehen.
Als Zahltag für die Beiträge der abgelaufenen Woche gilt nach § 58 der Satzung der Montag. Um an diesem Tage einem Andrange im Kassenlokal zu begegnen, wird den Arbeitgebern über den Zahltag hinaus eine weitere Frist von 2 Tagen gewährt. Der großen Zahl der Arbeitgeber wegen bitten wir, von der Zahlung auf Postscheckkonto ausgiebig Gebrauch zu machen. Zahlkarten werden im Kassenlokal verabfolgt. Ueber die Entlohnung der Beschäftigten müssen gewissenhaft Listen oder Bücher geführt werden, die aufzubewahren und zwecks Nachprüfung durch die Kasse jederzeit bereitzuhalten sind. Die Arbeitgeber haben den arbeitsunfähig erkrankten Beschäftigten eine Bescheinigung für die Krankenkasse auszustellen, aus der die Dauer der Beschäftigung und die Höhe des Entgelts ersichtlich ist. Das Krankengeld beträgt 50 Prozent des Durchschnittsverdienstes der letzten zwei Wochen.
Wir bitten im gegenseitigen Interesse für pünktliche Begleichung der Beiträge besorgt zu sein, da bei verspäteten Zahlungen Entwertungszuschläge erhoben werden, die sich nach dem jeweiligen Prozentsatz des Reichsindexes richten. Auf die demnächst erscheinenden Rundschreiben wird Bezug genommen.
Sachdienliche weitere Auskünfte werden im Kassenlokal erteilt.
Berlin-Steglitz, den 31. Oktober 1923.
Der Vorstand.
Roeckel, Vorsitzender. Alb. Wagener, Schriftführer.

Marken-Zigaretten
von 150 Millionen an
Hei-Ko, Wiener Straße 8.

Metallbetten
Stahlmatratz., Kinderbetten dir. an Priv. Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

Verkäufe

Nähmaschinen. Gelegenheitskäufe wenig gebrauchter Maschinen mit Garantie nur bei Fischer, Potsdamerstraße 103. Nollendorf 8082. Eigene Reparaturwerkstatt.

Seifen verkaufen günstig engros und detail. Dr. Merson u. Langen, Karlstraße 18a.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Auf Teilzahlung moderne Herrenanzüge, Taillenmäntel, Cutaways. Maßverarbeitung, beste Zutaten. Bequeme, diskrete Teilzahlung. Leiser Gottlieb, Nollendorfstraße 22a. Hochbahnhof Nollendorfplatz. 9—12, 3—7.

Leihhaus Friedrichstraße 2 (Hallesches Tor) verkauft elegante Herrenanzüge, Ulster, Paletots, Sportpelze, Gehpelze, Katzenjacken, Sealmäntel, Kreuzfüchse, Graufüchse, Blaufüchse, Wölfe zu enorm billigen Preisen. Keine Lombardware.

Gelegenheit. Kreuzfüchse, Silberfüchse, Wölfe, Sealmäntel, Jacken, spottbillig beim Fachmann, Mariannenplatz 7.

Elegante Pelzjacken, Pelzmäntel, moderne Sportpelze, Gehpelze, Silberwölfe, Schals verkauft spottbillig Goldmann, Kottbuser Tor, Eingang Dresdenerstraße 136.

Bettwäsche! Sonderangebot! 10 Proz. Rabatt und Fahrtvergütung. Deckbettbezüge 3,95, Laken 1,85, Inlette 4,25, Wäschestoffe 0,70 Goldmark an. Damast, Handtücher, Tischwäsche, Ueberlaken, Frottierwäsche. Kauferleichterung durch Anzahlung. Aelteste Spezial-Bettwäschefabrik Gräfestraße neununddreißig (Hasenheide), Brunnenstraße 19 (Rosenthalerplatz), Spandau, Potsdamerstr. 20.

Garten :: Laube :: Balkon

Obstbäume, Riesenauswahl, billigst. Grünhut, Kaulsdorf, Mahlsdorferstr. 21, Tel. Kaulsdorf 278.

Möbel

Gelegenheit. Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Büfett 10 500 Millionen, Schreibtisch 18 000 Millionen, Kleiderschrank 9 500 Millionen, Vertiko 8 500 Millionen, Plüschsofa 12 500 Millionen, Waschtoiletten 6 300 Millionen, Küchen 15 000 Millionen. Riesenauswahl in Einzelstücken, von der einfachsten bis zu der apartesten Ausführung, verkauft Gottlieb, Rügenerstraße 13, Bahnhof Gesundbrunnen. Lieferung frei Haus. Versand auch nach außerhalb.

Metallbetten, Chaiselongues 10 000 000 000 an, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderbettstellen. Meicke, Auguststr. 32a, Quergebäude.

Aufgepaßt! Schlafzimmer (Eiche), Metallbetten, Doppelbetten, Küchen, Ankleideschränke billig. Möbelhaus, Auguststraße 63.

Patentmatratzen, Auflegematratzen, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße achtzehn.

Gelegenheit! Speisezimmer, Schlafzimmer, Herrenzimmer, Büfett 12, Schreibtisch 11, Kleiderschrank 8, Vertiko 7, Küchen 9, Plüschsofa 7, Waschtoiletten 3 Goldmark. Riesenauswahl von der einfachsten bis zur apartesten Ausführung, auch Einzelstücke, verkauft Gottlieb, Rügenerstraße 13 (Bahnhof Gesundbrunnen). Lieferung frei Haus.

Musikinstrumente

Pianos preiswert. Klaviermacher Ink, Brunnenstraße 35.

Kaufgesuche

Pianos kauft Karfiol, Dresdenerstraße 54. Moritzplatz 128 45.

Pianos, Flügel kauft zu höchsten Tagespreisen Pianomagazin, Barbarossaplatz 2. Nollendorf 5897.

Felleinkauf. Ziegen, Zickel, Kanin, Roßhaare, Schafwolle, Maulwürfe, Kalbfelle. Waldenburgerstraße 2. Alexander 1857. Händler Extrapreise.

Fahrräder kauft Linienstraße 19.

Spulendrähte, isolierte, blanke; Kupferkabel, Motoren, Fassungen kauft Binz, Elsasserstraße 17. Norden 4888.

Säckeankauf Gollnowstr. 9.

Säckeeinkauf, Nähgarn, Swinemünderstraße 7. Humboldt 469.

300 Milliarden zahlt Pianos Voigt, Telephon Neukölln 4302.

Mauserpistolen und andere, Prismengläser, Jagdgewehre usw. bezahlt unüberbietbare Preise Preußner, Kaiser-Friedrich-Straße 244 (Hermannplatz).

Fellankauf. Schafwolle, Roßhaare kauft laufend zum höchsten Tagespreis. Fahrtvergütigung. Straßburger Straße 11. Amt Norden 5706 und 11 067.

Prismengläser, Feldstecher 0,8, Photoapparate zahlt konkurrenzlose Preise Frank, Blücherstr. 56. Moritzpl. 141 61.

Pistolen, Feldstecher, Fotos höchstzahlend. Rose, Gollnowstr. 16.

Säcke, Plane, Emballage, Zwirne kauft höchstzahlend Abisch, Linienstr. 44 (Schönhausertor). Norden 2824.

Schallplatten, alte, zerbrochene, kauft zu höchstem Tagespreis, Ringewald, Schreinerstr. 57, Hof parterre.

Autozubehör

Zündkerzen, Glühbirnen kauft Röseler, Friedrichsgracht 5—6.

Werkzeuge u. Maschinen

Kugellager, Boschzündkerzen, Magnete, Vergaser kauft Mechanische Werkstatt, Gartenplatz 5.

Kugellager, Autozubehör kauft Goldberg, Schönhauser Allee 127.

Nägel, Maschinenschrauben, Holzschrauben kauft Wobike, Amsterdamer Straße 21.

Geldverkehr

Milliarden, Ratenrückzahlung, Möbelsicherheit. Wilson, Kalckreuthstraße 1 (Nollendorfplatz).

Arbeitsmarkt

„Vorwärts"-Austrägerinnen
werden sofort eingestellt
Berlin, Bastianstr. 7; Immanuelkirchstraße 24; Lausitzer Platz 14/15; Wattstraße 9; Wilhelmshavener Str. 48.
Charlottenburg, Sesenheimer Str. 1.
Lichtenberg, Wartenbergstr. 1; Dathagener Str. 62.
Lichtenberg-Friedrichsfelde, Frankfurter Allee 185, Laden.
Neukölln, Neckarstr. 2; Siegfriedstr. 28/29.
Schöneberg, Belziger Str. 27.
Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Str. 15.
Wilmersdorf, Kaiserplatz 10, ptr.